:antifaschistische nachrichten

Nr. 18

g 3336 28.8.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Schill out – Rechtssenat bleibt

Der Vorsitzende der Partei Rechtsstaatliche Offensive, Ex-Innensenator Schill, hat seine Provokationen zu weit getrieben. Konfrontiert mit der Ankündigung von Bürgermeister Ole von Beust (CDU), Innenstaatsrat Wellinghausen wegen unangemeldeter Nebentätigkeit zu entlassen, konterte er mit einem Erpressungsversuch: Er werde ein angebliches Verhältnis von Beusts mit Justizsenator Kusch öffentlich machen.

Der Richter a.D., der sich seit seinem Amtsantritt unter anderem mit der Diffamierung von Minderheiten, einer brutalen Law-and-order-Politik und der Unterdrückung öffentlichen Protests hervortat, wurde mit seinem Erpressungsversuch ein Fall für den Staatsanwalt.

CDU und FDP haben den Rechtspopulisten regierungsfähig gemacht. Sie wussten, auf wen sie sich da einließen, als sie Schill in den Senat holten. Sie nahmen es in Kauf, weil sie die Schill-Partei programmatisch und zur Sicherung ihrer Bürgerschaftsmehrheit benötigten. Sie benötigten sie, um den Kurs der Zertrümmerung der sozialen Hilfesysteme, der Privatisierung und Deregulierung, der Ausgrenzung und sozialen Polarisierung, der Ausmerzung abweichender Lebensstile, der Unterdrückung von Protest und Widerstand, kurz der Ausrichtung Hamburgs auf das Leitbild der imperialistischen Metropole durchzusetzen.

Dass sie an der Koalition festhalten, zeigt, dass es auch mit Schills Rauswurf keine Änderung dieses Kurses geben wird.

aus der Pressemitteilung der PDS Hamburg und dem Kommentar der Lokalberichte Hamburg 17-2003 ■

Aus dem Inhalt:

Stellungnahmen zur Räumung des Grenzcamps . . . 4
Wahl in Bremerhaven: Rechtsparteien wollen's wissen 7
„Sezession": Krieg für den „Großraum" Europa 8

Hamburgs linke Szene beging die Entlassung Schills als Feiertag. Am Dienstagabend traf man sich vor dem Stadtteilkulturzentrum Rote Flora zu einer Party und einer ausgelassenen Demonstration. Als die Party sich gegen 1 Uhr bereits ihrem Ende näherte, räumte die Polizei die Straße. Sofort nach der ersten Aufforderung folgte der Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken. Es gab Ingewahrsamnahmen und wahrscheinlich auch Verletzte. ***Infos u. Bilder: indymedia***

BVG gibt den Weg frei:

2600 Rechte zelebrierten in Wunsiedel Gedenken an Hitlerstellvertreter Heß – 500 Gegendemonstranten

Rund 2600 Alt- und Neonazis zogen am Samstag, 16.8. durch das oberfränkische Wunsiedel, um den in der Stadt beigesetzten Kriegsverbrecher, Antisemiten und Hitlerstellvertreter Rudolf Heß zu ehren.

An der Gegenkundgebung der „Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus" unter dem Motto „Wunsiedel ist bunt, nicht braun" beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter rund 500 Menschen. Die Polizei, die mit 1000 Beamten im Einsatz war, sprach von 400 Gegendemonstranten. 71 Personen wurden nach Angaben der Polizei festgenommen, 67 von ihnen waren demnach Rechte, die gegen die Demonstrationsauflagen verstoßen hatten.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte am Donnerstag in letzter Instanz den rechten Aufzug doch genehmigt, nachdem er zuvor vom Landratsamt Wunsiedel und vom Oberverwaltungsgericht Bayreuth verboten worden war. So zogen die Massen von Neonazis, angereist aus allen Teilen der BRD und aus dem Ausland, unter dem Motto „Weder Recht noch Menschlichkeit" durch die Kleinstadt. Aufgerufen hatte ein „Bündnis Nationaler Sozialisten". NPD und sogenannte Freie Kameradschaften mobilisierten bereits Wochen zuvor für den Aufzug.

Wie in den beiden Jahren zuvor versammelten sich Hunderte Alt- und Jungnazis am Grab von Heß, um Blumen und Kränze abzuwerfen. Am 17. August 1987 hatte sich Heß im Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau das Leben genommen. In der rechtsextremen und rechtskonservativen Szene sind Verschwörungstheorien weit verbreitet, die den Alliierten unterstellen, Heß getötet zu haben.

Wie in den Vorjahren waren nicht nur in Wunsiedel Neofaschisten aktiv, um ihres „Märtyrers" zu gedenken. In der gesamten Bundesrepublik tauchten in der Nacht zum Samstag Heß-verherrlichende Plakate und Aufkleber auf, von einigen Autobahnbrücken hingen Transparente mit Sprüchen wie „Heß – Das war Mord". In den Abendstunden hielten Neonazis in zahlreichen Städten Feiern und Konzerte ab.

aus junge Welt, 18.8.2003, gekürzt ■

Sudholt in Erfurt

Erfurt/Inning. Zu einem „Erlebniswochenende“ lädt die Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ um den langjährigen Aktivisten der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“, Gerd Sudholt, vom 26. bis 28. September nach Erfurt ein. Im Mittelpunkt der Tagung steht diesmal die „USA – Die maßlose Weltmacht“. „Namhafte Autoren des In- und Auslandes“ werden „das wahre Gesicht einer maßlosen Weltmacht USA zeichnen“, heißt es in einer Ankündigung in der „Deutschen National-Zeitung“ des DVU-Chefs Frey. Vorgestellt werden soll in Erfurt auch ein neues Buch des britischen „Historikers“ Martin Allen, der in der Vergangenheit auch schon bei der NPD referierte und Interviewpartner der „Deutschen National-Zeitung“ war.

hma ■

Tradition verpflichtet

Kaliningrad. Der „Förderverein Ordensburg Schaaken e.V.“ hat es sich zum Ziel gesetzt, den „fortschreitenden Verfall“ der 24 Kilometer von Kaliningrad gelegenen Ordensburg Schaaken zu stoppen und deren „historisches Erscheinungsbild zu rekonstruieren“. Nach den Plänen des Vereins könnte dort ein „deutsch-russisches Begegnungszentrum“ entstehen. Geworben wird für die Ziele des Vereins u.a. auf Veranstaltungen der „Landsmannschaft Ostpreußen“. Immerhin gehe es darum, „das Erbe der Vorfahren dort für die Nachkommen zu erhalten“, heißt es im BDV-Blatt „Deutsche Umschau“ (8/03). Entscheidend für den Verein ist, „das notwendige Kapital mehrheitlich in der Bundesrepublik Deutschland aufzubringen“ um dadurch „die Gestaltung der Anlage und ihre spätere Nutzung entscheidend zu bestimmen“. Genutzt wurde die Burg einst auch vom kriegerischen „Deutschen Orden“, dessen Aufgabe es war, Land im Osten zu okkupieren, dort deutsche Siedler einzusetzen und eigene Städte zu gründen.

hma ■

NPD baut Schulungszentrum in Berlin

Berlin. Wie der „blick nach rechts“ vom 7.8.2003 meldet, plant die NPD in unmittelbarer Nähe ihrer Parteizentrale an der Seelenbinderstraße im Berliner Bezirk Köpenick den Bau eines „nationaldemokratischen Bildungszentrums in der Reichshauptstadt“ (NBZ). Dazu soll ein Gebäude im Hinterhof umgebaut werden. Das Planungs- und Genehmigungsverfahren ist bereits abgeschlossen. Der zuständige Baustadtrat von Treptow-Köpenick bestätigte dies gegenüber „blick nach rechts“. Mit dem Hinweis, Baugenehmigungen könnten nicht nach politischen Sympathien verteilt werden, wies er Kritik gleich präventiv zurück.

Geplant ist ein Schulungsraum für bis zu 60 Personen, die „Nationale Zentralbibliothek“ der NPD sowie“ Zimmer mit Doppelstockbetten zur kostengünstigen Unterbringung von Seminarteilnehmern“. Das Gelände gewährleiste „wegen seiner ausgezeichneten Bewachung eine große Sicherheit für die Teilnehmer von Veranstaltungen“. NPD-Schatzmeister Erwin Kemna und Stefan Lux „Leiter des Amtes Schulung“ hoffen auf 70000 Euro Spenden für das Zentrum, das insgesamt 180000 Euro kosten soll.

Zum „Pressefest“ des NPD-Verlages „Deutsche Stimme“ in Meerane (Sachsen) kamen zwischen 2.500 und 3.500 Nazis aus allen möglichen Ländern. Die Veranstaltung fand auf dem Gelände und im Gebäude eines Hotels statt. Darauf Bezug nehmend forderte der Bürgermeister Meeranes die EinwohnerInnen auf, sich zu überlegen, wo sie noch essen gehen würden, berichtet GammaNews.

Mit Ständen anwesend seien gewesen: „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“, „Pommersche“ und „Fränkische Aktionsfront“, „Unabhängige Nachrichten“, „Kameradschaft Karlsruhe“, „Nationales Bündnis Dresden“, „Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden“, „Radio Freiheit“, „Deutsche Partei“, „Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene“, „Gemeinschaft Deutscher Frauen“, „Bund freier Jugend“ aus Österreich, die Zeitschriften „Triskele“, „Herrlich Hermannsland“ und „Unsere Welt“.

Quelle: blick nach rechts Nr. 16, 7.8.2003, GammaNews 14/03 ■

Neonazikonzert in Berlin-Pankow

Berlin. Wie kurzfristig bekannt wurde, planten Rechtsextremisten, am Samstag den 16. August 2003, ein Konzert im Berlin-Pankower Ortsteil Französisch Buchholz durchzuführen. Auftreten sollten die Berliner Band „Spreegeschwader“, sowie der „Landser“sänger Michael Regener als Liedermacher. Angemeldet wurde die Veranstaltung von Alexander-Willibald Bahls, Schlagzeuger der Berliner Neonaziband „Spreegeschwader“, der aus Blankenburg stammt.

Das Konzert fand nicht statt, trotzdem wurde rechtsextreme Musik abgespielt, jedoch nichts „strafrechtlich Relevantes“, wie die Berliner Polizei zu betonen nicht müde wurde. Die ganze Zeit über wurden Symbole, wie z.B. Fahnen, der rechtsextremen Szene gezeigt, und es standen ca. 50 - 60 Neonazis draußen vor dem Veranstaltungssaal, einer Kantine in der Bahnhofstraße 10, 13127 Berlin.

Erst nach Stunden und zahlreichen Anrufen, die, wie sich später herausstellte, teilweise gar nicht aufgenommen wurden, zeigte die Polizei ab 0 Uhr in der Umgebung verstärkt Präsenz, und fuhr mit ca. 15 Einsatzfahrzeugen um 0.10 Uhr vor das Veranstaltungsgelände. Beließ es jedoch bei einer „Gefährderansprache“.

Besondere Brisanz erhält dieses Konzert dadurch, dass es in der Nacht zum 17. August, dem 16. Todestag der Nazikone Rudolf Hess stattfinden sollte. Schon in der Nacht zum 16.8. klebten Pankower Rechtsextremisten am S-/ U-Bahnhof Pankow, am S-Bahnhof Pankow-Heinersdorf, in der Niederschönhausener Schillerstraße und Grabbeallee Hunderte Plakate und Aufkleber zum Gedenken an den „Mord“ an Rudolf Hess 1987.

„Wir verurteilen das Desinteresse der Berliner Polizei gegen derartige Veranstaltungen vorzugehen, noch dazu, wenn der Veranstaltung durch das Datum, eine noch größere Relevanz gegeben wird !“ so die Pankower Antifaschistische Offensive.

„Solche Parties und Konzerte von Rechtsextremisten sind in der Vergangenheit, wenn sie stattfinden konnten(!), immer ein stärkendes Moment für die Neonaziszene gewesen, sie fördern die Vernetzung (besonders bei bundesweiten Veranstaltungen) und stärken den Zusammenhalt. Außerdem stellen sie immer eine Gefahr für potentielle Opfer von rechtsextremen Übergriffen dar.“

Mike Kettler ■

Pankower Antifaschistische Offensive [PAO] c/o Schwarze Risse, Kastanienallee 85, 10435 Berlin, www.pankow.antifa.de, pao.berlin@gmx.net, 0178/ 3 28 88 03

Schändung des jüdischen Friedhofs in Bettenhausen

Kassel. In einem Schreiben an die jüdische Gemeinde Kassel hat Dr. Ulrich Schneider für die Kasseler Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -Bund der Antifaschisten seine Betroffenheit über die Schändung des jüdischen Friedhofs in Bettenhausen zum Ausdruck gebracht. Man könne jedoch nicht übersehen, heißt es in dem Schreiben, dass aktuelles staatliches Handeln solchen antisemitischen und neofaschistischen Tendenzen zur Zeit Vorschub leistet. Fast wöchentlich können Neonazis und offene Antisemiten in unserem Land mit behördlicher Genehmigung aufmarschieren. Und diese Friedhofschändung fand genau an jenem Wochenende statt, zu dem das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Hess-Gedenkmarsches in Wunsiedel aufhob. Über 2500 Neonazis

aktionstag gegen Rassismus Neonazismus & Krieg

14. September 2003, 13 bis 18 Uhr

Marx-Engels-Forum, 200 m neben dem Roten Rathaus

Der „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung" ist die größte regelmäßige Veranstaltung in Berlin und findet dieses Jahr am 14. September 2003 zwischen 13 und 18 Uhr auf dem Marx-Engels-Forum in Berlin-Mittestatt. Seit 1990 haben sich weit über 500 Organisationen, Initiativen und Gruppierungen an er Mitgestaltung des Tages beteiligt. Historisch knüpft der „Tag der Mahnung" an die Tradition des „Tag der Opfer des Faschismus" (OdF) an, der bereits 1945 von Überlebenden der Konzentrationslager und Zuchthäuser initiiert wurde.

Jedes Jahr kommen tausende BesucherInnen, um sich an den über 100 Ständen zu informieren, dem kulturellen Programm zu folgen oder um an den verschiedenen politischen Veranstaltungen teilzunehmen.

Tag der Mahnung: 14.9.03, 13 – 18 Uhr, Marx-Engels-Forum (nahe Rotes Rathaus), www.tag-der-mahnung.de

und Antisemiten konnten dort ihre rassistischen und menschenverachtenden Parolen verbreiten.

Die Friedhofsschändung in Kassel sei das Werk gewaltbereiter Antisemiten, selbst wenn sie keiner politischen Organisation angehören sollten, so die VVN. Sie hätten sich ihr Ziel bewusst ausgesucht:

„Sie wollten damit jüdische Identität in unserer Stadt treffen.

Sie schändeten einen Platz, der alljährlich am 7. November Gedenkort an die faschistischen Verbrechen der Reichspogromnacht in Kassel ist."

Die VVN-BdA ruft dazu auf, gemeinsam Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus, gegen Neofaschismus und Intoleranz zu setzen.

PM VVN-BdA Kassel, 19.8.2003 ■

Doppelkundgebung

VAIHINGEN/ENZ. Aus Anlass der antisemitisch und rechtsextremistisch motivierten Schmierereien, mit denen in der Nacht vom 22. auf den 23. Juli 2003 der KZ-Gedenkfriedhof verunstaltet wurde, riefen die Antifa Vaihingen/Enz und die autonome antifa ludwigsburg für den 9.8. zu einer Kundgebung auf. Trotz Ferienzeit und sengender Hitze folgten ca. 40-50 Menschen dem Aufruf und versammelten sich um 11 Uhr am Marktplatz vor dem Rathaus. Transparente und Musik erregten das Interesse der PassantInnen und BesucherInnen des gleichzeitig stattfindenden Wochenmarktes. Ein erster Redebeitrag berichtete zunächst von der Schändung des KZ-Gedenkfriedhofes, um dann die ZuhörerInnen über weitere Aktivitäten und regelmäßig stattfindende Übergriffe – z.B. auf Volksfesten wie dem Vaihinger Maientag – von Neonazis zu informieren.

Ein weiterer Redebeitrag beschäftigte sich mit dem in Deutschland immer noch weit verbreiteten und wieder salonfähig gewordenen Antisemitismus.

Gegen 13:30 Uhr trafen sich die TeilnehmerInnen in selber Stärke wie zuvor zu einer zweiten Kundgebung auf dem KZ-Gedenkfriedhof, auf dem 1267 Opfer des KZs ihre letzte Ruhestätte fanden. Dort wurde ein Redebeitrag über die Geschichte des KZ „Wiesengrund" gehalten, der das Schicksal und das Elend der Insassen veranschaulichte. Die Veranstaltung wurde mit einer gemeinsamen Besichtigung des freizugänglichen Teils der Gedenkstätte auf den Grundmauern der ehemaligen Dusch- und Entlausungsbaracke beendet.

Infos: http://home.arcor.de/aimkreis
http://www.infoladenludwigsburg.de
antifa vaihingen/Enz ■

Schulprojekt des NS-Dokumentationszentrums

Köln. Der Verein EL-DE-Haus hat in Zusammenarbeit mit dem NS-Dokumentationszentrum und fünf Schulen in Köln, Bergisch Gladbach und Rotterdam ein binationales Schülerprojekt organisiert. Es trägt den Namen „zwangsweise kölsch – dwangarbeid in duitsland" und läuft im Rahmen der Sonderausstellung „Bilder einer fremden Stadt. Zwangsarbeit in Köln" im NS-Dokumentationszentrum. Deutsche und niederländische Jugendliche haben ehemalige Zwangsarbeiter interviewt. Mit den Gesprächsprotokollen und weiteren Recherchen rekonstruierten sie gemeinsam Lebensgeschichten von niederländischen Zwangsarbeitern, die während des Zweiten Weltkriegs in Köln arbeiten mussten.

Die Ergebnisse des Projekts haben die Schüler zu einem Beitrag der auf der Internetseite des NS-Dokumentationszentrums **(www.museenkoeln.de/ns-dok)** verarbeitet. Dort sind die Lebensgeschichten der Zwangsarbeiter, angereichert durch Fotografien und Dokumente, nachzulesen.

Haupt-, Real- und Gesamtschulen können noch bis zum 7. November 2003 Projekttage zum Thema Zwangsarbeit im NS-Dokumentationszentrum gestalten. Dabei erhalten sie Unterstützung von Fachkräften. Anmeldungen nimmt das NS-Dokumentationszentrum unter 0221/221-2 63 31 entgegen. *pal* ■

Aus den Protesterklärungen gegen die Räumung:

ROM e.V.

Der Rom e.V. dankt den TeilnehmerInnen des internationalen antirassistischen Grenzcamps in Köln-Poll für ihre energischen und mutigen Demonstrationen gegen fremdenfeindliche Hetze und gegen die brutale Abschiebepolitik, die sich in Köln vor allem gegen Romaflüchtlinge richtet. Die Romafamilien auf dem Schiff (es waren in diesen Tagen 45 -50 Grad in den Containern) und in den Poller Flüchtlingsheimen haben diese Solidarität als große Ermutigung empfunden, um in ihrer verzweifelten Lage durchzuhalten und den Angriffen Rechtsradikaler zu trotzen.

ARBEITER FOTOGRAFIE

Kind auf dem Flüchtlingsschiff in Poll

Umso empörender empfinden wir es, dass die Kölner Polizei die Demonstration der Faschisten schützte, indem sie das Poller Grenzcamp einkesselte und später sogar an die 300 Teilnehmer abführte und in Brühl über Nacht gefangen hielt. Die Kölner Medien haben einmal mehr sklavisch und einseitig die Polizeidarstellung wiedergegeben, ohne auf deren ständige Provokationen einzugehen. Als absolute Unverschämtheit empfinden wir die kritiklos übernommene Verlautbarung der Polizei, wonach unsere Freundinnen und Freunde im Grenzcamp zu 70% Kriminelle gewesen wären. Kleinkariert reagierte die Stadt Köln, indem sie die Campgenehmigung kündigte und damit die Räumung durch die Polizei ermöglichte. Vertreter des ROM e.V. überzeugten sich vor Ort über die Unverhältnismäßigkeit des teilweise gewalttätigen Polizei-Einsatzes, der sogar die Freizügigkeit zahlreicher Anwohner einschränkte.

Komitee für Grundrechte und Demokratie:

... Die Bereitschaft vorwiegend junger Menschen, die tagtäglichen Menschenrechtsverletzungen, die in diesem Land passieren, *weiter auf Seite 5*

Grenzcamp-Solidaritätserklärung

Die im folgenden dokumentierte Solidaritätserklärung hat inzwischen breite Unterstützung gefunden. Wir dokumentieren den Text und die Stellungnahmen verschiedener Organisationen aus dem Kölner Raum.

Wir verurteilen das brutale und unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei gegen das 6. Antirassistische Grenzcamp auf den Poller Wiesen.

Das Camp fand vom 31. Juli bis 10. August statt und richtete sich gegen Rassismus, Ausgrenzung, das repressive globale Migrationsregime, Kontroll- und Überwachungstechniken und gegen Abschiebe- und Lagerpolitik. Für „Freedom of Movement“ und eine „Globalisierung der Rechte“. Weit über 1000 Personen aus der Bundesrepublik und ganz Europa beteiligten sich am Camp.

Am Samstag, den 9. August, wurde das Camp-Gelände von mehreren Hundertschaften Polizei über zwölf Stunden lang umstellt. Mehrere hundert CamperInnen waren bis in die Nacht eingeschlossen. Insgesamt waren rund 2800 Polizisten im Einsatz. Etliche CamperInnen wurden durch Schlagstock- und Tränengaseinsatz verletzt.

Polizei umstellt das Camp

Dabei zwang die Polizei nach eigenen Angaben über 510 Menschen zur Personalienfeststellung, Fotos- bzw. Videoaufnahmen wurden von allen gemacht. Rund 360 AktivistInnen, die sich dieser Personalienfeststellung widersetzten, wurden in der Nacht ins Polizeigewahrsam nach Brühl gebracht. Diese Massenerfassung von Personendaten ist ein unerträglicher Akt repressiver Willkür. Sie dient der Kontrolle und Kriminalisierung einer wachsenden antirassistischen Bewegung.

Die Polizei begründete ihr Vorgehen damit, dass innerhalb des 10-tägigen Camps 84 Straftaten von Camp-TeilnehmerInnen verübt worden seien. Selbst wenn dies zutreffen sollte, rechtfertigt es keinesfalls eine Pauschal-Verdächtigung aller Grenzcamp-TeilnehmerInnen sowie den Einsatz von psychischer und physischer Gewalt gegen die antirassistischen AktivistInnen.

Während der Einkesselung des Camps wurde die Wasser- und Stromversorgung für mehrere Stunden abgestellt. Bei nahezu 40 Grad Hitze erfüllte diese Aktion den Straftatbestand der Körperverletzung. Es war so fast unmöglich, die durch den Einsatz der chemischen Reizstoffe Verletzten im Sanitätszelt zu behandeln.

Fast zeitgleich beschützte die Polizei einen Aufmarsch von 50 militanten Neonazis in Köln-Poll, und erlaubte diesen, ihre menschen- und lebensverachtende Ideologie auf die Straße zu tragen.

Wir sind schockiert und entsetzt über die Ereignisse vom Samstag. Ein schwarzer Tag für die Stadt Köln, die sich so gerne ihrer Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit rühmt.

Wir richten uns entschieden gegen diesen Kriminalisierungsversuch der antirassistischen AktivistInnen und ihrer Initiativen, insbesondere des Netzwerks „kein mensch ist illegal“ und der Grenzcamp-Vorbereitung. Wir fordern, dass alle von der Polizei erzwungenen personenbezogenen Daten unverzüglich wieder gelöscht werden! Zusätzlich müssen die Verantwortlichen für den menschenunwürdigen und unverhältnismäßigen Polizeieinsatz zur Rechenschaft gezogen werden! Wir – die UnterzeichnerInnen – bekunden hiermit unsere Solidarität mit dem 6. Antirassistischen Grenzcamp.

Wer die Resolution unterschreiben möchte, bitte umgehend mailen an: camp_koeln_oeffentlichkeit@gmx.de

zu thematisieren und auch mit drastischen Mitteln und Aktionen zivilen Ungehorsams auf diese Missstände aufmerksam zu machen, ist eine Bereicherung für eine Gesellschaft, die sich als demokratisch versteht. ... Leider hat die Stadt und die Polizei der Stadt Köln die Möglichkeit, einen entsprechenden Umgang mit den berechtigten Anliegen des Grenzcamps zu etablieren, vertan. ... Getreu den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Inneren Sicherheit sind die Rechte einer ganzen Gruppe auf Freizügigkeit, auf Versammlungsfreiheit, auf informationelle Selbstbestimmung zumindest zeitweise aufgrund vager Verdachtsmomente kollektiv völlig außer Kraft gesetzt worden. ... Es ist grundrechtlich nicht haltbar,dass von Hunderten von Bürgern und Bürgerinnen die Daten erfasst und gespeichert werden, weil der Verdacht besteht, dass auf diese Weise ein Straftäter erfasst werden könnte. Wir fordern, die erfassten Daten ... umgehend zu löschen.

VVN-BdA NRW

Seit dem Karlsruher Quasi-Freispruch für die NPD sind wir Zeugen eines alarmierenden Aufschwungs der Nazi- und Neonaziszene. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit der Faschisten geht dabei den Behörden offenbar über alles – Antifaschisten haben das Nachsehen. Wir verurteilen entschieden,was die Polizei mit Euch gemacht hat. Antifaschisten und Antirassisten sollen der Möglichkeit beraubt werden, sich zu artikulieren und zu diskutieren. Wir fordern: Freiheit für das Grenzcamp jetzt und in Zukunft.

VVN-BdA Köln

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisverband Köln protestiert gegen das Vorgehen der Polizei am Samstag, dem 9. August. Während einerseits eine Demonstration militanter Neonazis, die sich selbst als Nachfolgeorganisation der SA sehen, ermöglicht und durch die Kölner Polizei bei persönlicher Anwesenheit des Polizeipräsidenten gegen Proteste geschützt wurde, wurde zeitgleich das wenige hundert Meter entfernte „Antirassistische Grenzcamp“ von einem Großaufgebot von Polizisten und Bundesgrenzschutz abgeriegelt, zeitweise von der Wasserzufuhr abgeschnitten und gewaltsam geräumt. Bewusst oder unbewusst arbeitete die Polizei damit faschistischen Gruppen, die wie z.B. „pro Köln“ die Räumung des Camps gefordert hatten, in die Hände.

Während vor nicht einmal zwei Jahren allerorten vom „Aufstand der Anständigen“ gegen neofaschistische Gruppen die Rede war, richtet sich die geballte Macht des Staates gegen Menschen, die gegen Rassismus in Staat und Gesellschaft protestieren.

Die VVN/BdA fordert die Untersuchung der Vorgänge vom 9. August durch eine unabhängige Untersuchungskommission und den Rücktritt der verantwortlichen Politiker und Beamten. ■

Ein Polizeikordon schützt den Aufmarsch der Neonazis von der Kameradschaft Köln und dem Kampfbund Deutsche Sozialisten am 9.8. in Köln-Poll

Aktion vor der IOM-Zentrale

Im Rahmen des Grenzcamps fand am 8. August eine Protestaktion vor der IOM-Zentrale in Bonn statt. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) macht als zwischenstaatliche Organisation alles, was von ihren Mitgliedstaaten in Auftrag gegeben und bezahlt wird: Für die ukrainische Regierung organisiert sie die Ausbildung von Grenztruppen und koordiniert den Bau von Grenzanlagen. Im Südpazifik betreibt die IOM eigene Lager, wo Flüchtlinge unter erbärmlichen Bedingungen inhaftiert werden, damit sie nicht nach Australien gelangen. Der spanischen Regierung besorgt sie ecuadorianische Saisonarbeiterinnen und regelt deren Rückführung nach abgeschlossenem Arbeitseinsatz. „Da Migration nicht aufzuhalten ist, wollen die reicheren Staaten sie wenigstens steuern, und dafür ist die IOM ein zentrales Instrument“, heißt es in dem Flugblatt, das bei dieser Aktion zur Information verteilt wurde. ■

Geschichte muss lebendig bleiben!

Für den Erhalt der Hamburger Geschichtswerkstätten!

Ca. 200 Menschen versammelten sich am 19.8. zu einer Kundgebung gegen die drohende Schließung der Geschichtswerkstätten auf dem Hansaplatz. Nach Michael Joho von der Geschichtswerkstatt St. Georg sprachen sich u.a. Peggy Parnass und Rolf Becker gegen die herrschende Kulturpolitik aus, Grußadressen kamen von Tom Stromberg, Intendant des Deutschen Schauspielhauses, und vielen anderen. Der Stadtteilchor Drachengold unterstützte die Kundgebung mit kulturellen Beiträgen. Die Geschichtswerkstätten präsentierten sich mit „dem längsten Büchertisch der Stadt Hamburg". Wir dokumentieren im Folgenden die Rede von Elisabeth v. Dücker vom Stadtteilarchiv Ottensen, eine der MitbegründerInnen der Hamburger Geschichtswerkstätten-Bewegung.

O Hammonia, o wie so herrlich stehst du da! So könnten wir eigentlich jubeln im Angesichte der Stadtpatronin Hamburgs hier auf dem Hansaplatz. Aber heute – zwar glücklich entschillt – müssen wir feststellen: Hammonia, wie bescheiden, ach wie so traurig stehst du da!

WARUM? Hammonia ist traurig, ja entsetzt, weil der Kulturhaushalt ihrer Stadt so schütter ist – gerade mal 2% vom Gesamthaushalt billigt ihr der Senat zu. Aber auch die Kürzungen und was und warum gekürzt wird, machen ihr Sorgen: Das waren im letzten Jahr die FrauenKulturprojekte: z.B. dem FrauenMusikzentrum wurden sämtliche Mittel gestrichen. Und in diesem Jahr, nachdem die Schließung von Schauspielhaus und Museum der Arbeit abgewendet ist, sind die Geschichtswerkstätten dran.

Über diese politische Entscheidung ist Hammonia richtig sauer: Denn die mittlerweile 14 Geschichtswerkstätten sind das Salz und bisweilen auch der Pfeffer der Stadtgeschichte, der Geschichtsschreibung dieser Stadt.

Was machen die Geschichtswerkstätten eigentlich? In Hamburgs Stadtteilen und Quartieren wird in enger Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen geforscht, werden Rundgänge gemacht und Ausstellungen. Das sind Brückenschläge zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Die Themenpalette ist vielfältig: Erarbeitet wird das Alltagsleben, die Geschichte der NS- und Kriegszeit, Frauen- und Geschlechtergeschichte, Umweltgeschichte, Einwanderungs- und Vertreibungsgeschichte, jüdische Geschichte. Und das Besondere daran, das, was uns unterscheidet von den meisten Museen und Staatsarchiven: Hier können die Leute sich einmischen, sich beteiligen, Partizipation, wenn's um das eigene Viertel geht, Teilhabe an kultureller Aktivität direkt vor der Haustür, Bewusstsein für Identität, Austausch zwischen den Generationen, Schulklassen erleben hier ZeitzeugInnen, Zeitgeschichte wird lebendig, authentisch – wo gibt es so was denn?

Eine einmalige Kulturlandschaft in Hamburgs Quartieren – in keiner Stadt sonst eine solche Vielfalt zu finden! – wo Profis und Laien zusammen am historischen Profil ihrer Ortsgeschichte arbeiten, Forschung in die eigene Hand nehmen, 1000-faches ehrenamtliches Engagement in die Geschichtsschreibung und -vermittlung fließt.

Seit 23 Jahren, seit 1980, als sich in Ottensen das erste Stadtteilarchiv gründete, ist diese Geschichtsschreibung von unten aktiv beteiligt am kulturellen Gedächtnis der Stadt – ein Ergebnis dieser öffentlichen Arbeit ist heute hier zu sehen am längsten Büchertisch Hamburgs. Ein anderes im Foyer des Rathauses (Ausstellung über Hamburg im Feuersturm).

Der Etat für diese Arbeit beträgt 500.000 Euro im Jahr. Er soll von 100 auf Null Prozent gestrichen werden. Das erfuhren wir Geschichtswerkstättler aus der Bildzeitung, kurz vorm Sommerloch.

Unterdessen wächst der öffentliche Unmut, eine große Solidaritätswelle ist da, der 1. Bürgermeister und die Kultursenatorin erhalten Briefe sogar aus Schottland und Japan.

Mittlerweile gibt es eine erste Zusage: Die Kultursenatorin sichert die Miet- und Betriebskosten zu, das sind etwa 25% unseres Etats. Damit können wir aber nicht sinnvoll weiterarbeiten: Denn ehrenamtliche Arbeit benötigt Koordination durch bezahlte Profis. Und: Kontinuität ist das Erfolgsrezept unserer Arbeit. Kein einmaliges Event, sondern ständiger Service für ein ständig wachsendes Publikum.

Die Politik sollte sich ihrer BürgerInnen erinnern, ihr Engagement ernst nehmen. Bitte helfen Sie uns beim politischen Nachhilfeunterricht: Schreiben Sie an den 1. Bürgermeister: Hamburg will keine Gedächtnislücke, Hammonia braucht ihre Geschichtswerkstätten!

Zum Beispiel das Stadtteilarchiv Ottensen

1980 als erste Geschichtswerkstatt in Hamburg gegründet, hat das Stadtteilarchiv eine umfangreiche Sammlung zur Geschichte und zum Strukturwandel Altona und Ottensens aufgebaut. Sitz ist die ehemalige Drahtstiftefabrik Feldtmann im Herzen Ottensens. Sie wurde vom Verein mit öffentlichen Mitteln und viel Eigenarbeit denkmalschutzgerecht restauriert. Der Alltag der „kleinen Leute" wurde erforscht, vor Ort und in Interviews mit den ZeitzeugInnen selbst – ein Novum für die damalige universitäre Geschichtsforschung. Um nur einige Beispiele aus dem Oral History Archiv zu nennen: Fischarbeiterinnnen, Glasbläser, Piependreher und Facharbeiter der alten Metallfabriken im Viertel erzählten ihre Geschichte, brachten Fotos und Dokumente, Überlebende der Altonaer Jüdischen Gemeinde in Israel wurden besucht und ließen die Erinnerung an ihre große Gemeinde wieder lebendig werden, ukrainische ZwangsarbeiterInnen berichteten über ihr Leiden in Ottensens Rüstungsfabriken und Lagern, Aktive aus der Bürgerinitiativbewegung der

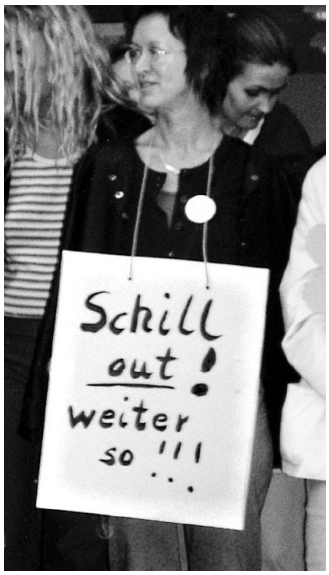
Wahl zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung:

Rechtsparteien wollen's wissen

Von Thomas Klaus

Bremerhaven. Eine rekordverdächtig hohe Zahl von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und politisch Frustrierten bedeutet stets Oberwasser für rechtsgestrickte Parteien. Eine Bestätigung für diese These liefern auch die für den 28. September angesetzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung im rund 119.000 Einwohner zählenden Bremerhaven. Denn dort geben sich gleich vier Parteien mit zugelassenen Wahlvorschlägen ein Stelldichein, die deutlich konservativer als die CDU einzuschätzen sind. Stimmberechtigt sind 88.500 Wahlberechtigte.

Während die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) keine politische Programmatik im klassischen Sinne entwickelt hat, versucht die auch als Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) bekannte Schill-Partei mit einem umfassenden Bremerhaven-Konzept zu punkten. In ihm dominiert – wenig überraschend – der Bereich der Verbrechensbekämpfung und Inneren Sicherheit. Die PRO hat sieben Kandidaten aufgestellt. An der Spitze steht der 32 Jahre alte Versicherungskaufmann Thomas Schulz. Der hatte bereits bei der bremischen Bürgerschaftswahl Ende Mai als Spitzenkandidat den Einzug in ein Parlament probiert. Damals fehlten nur wenige Stimmen und PRO wäre in das Landesparlament gekommen: In Bremerhaven hatten 2.215 Menschen bei ihr das Kreuz gemacht, was 4,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen entsprach.



Mit einem solchen zahlenmäßigen Hintergrund dürfte die Schill-Partei die schärfste Konkurrenz für die rechtsextremistische Deutsche Volks-Union (DVU) darstellen. Die Partei des „National-Zeitungs"-Verlegers Dr. Gerhard Frey sitzt bereits seit 1991 in der Stadtverordnetenversammlung der Seestadt, in der eine Große Koalition aus SPD und CDU regiert; Oberbürgermeister ist der Sozialdemokrat Jörg Schulz. Im städtischen Parlament bietet die DVU zurzeit drei Mitglieder auf. Als DVU-Fraktionschef fungiert Siegfried Tittmann, seit 1999 auch Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, also einziger Landtagsabgeordneter der Frey-Getreuen im kleinsten Bundesland.

Ein gutes Abschneiden der DVU bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung dürfte – realistisch betrachtet – schwer zu verhindern sein. Schließlich gelang ihr bei der Bürgerschaftswahl ein Stimmergebnis von 7,1 Prozent im Vergleich zu 6 Prozent bei dem Urnengang 1999. Damit überrundeten Tittmann und seine Mannen sogar die FDP; die DVU reihte sich als viertstärkste Partei Bremerhavens ein.

Weniger gut steht dagegen die Deutsche Partei (DP) da. Immerhin schaffte sie es nun unter der Leitung des Kreisvorsitzenden und Spitzenkandidaten Claus Cira genügend Unterstützungsunterschriften zusammen zu bekommen, im Gegensatz zur Bürgerschaftswahl. Auf ihrer Kandidatenliste stehen sechs Personen. ■

70er und 80er Jahre brachten Fotos, Flugblätter und Stadtteilzeitungen ins Archiv. Ein Schatz an Materialien und Wissen entstand und wächst immer noch.

Vermittelt werden diese Sammlungs- und Forschungsergebnisse auf außergewöhnliche und alle Sinne ansprechende Art und Weise.

Seit 1980 haben wir Stadtteilrundgänge entwickelt – ein Wandern, das bewandert macht und die Verbindung mit dem Stadtteil stärkt. Geschichte wird sichtbar und erlebbar gemacht in wechselnden Ausstellungen, auch mit internationalen Partnern, durch Theater und andere Aktionen im Stadtteil, durch Installationen von Schautafeln, in Veranstaltungen aller Art. Zeitzeugen und Zeitzeuginnen berichten und tauschen sich aus in Erzählcafes und in Austauschprojekten Auch auf internationaler Ebene finden Austausch und Kooperation statt mit Projekten in London, Valencia und Tokio.

Was in 23 Jahren mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement und mit enormer öffentlicher Förderung aufgebaut wurde, steht nun zur Disposition:

– ein kleines aber feines denkmalgeschütztes Industriemuseum: die Drahtstiftefabrik Feldtmann mitsamt Maschinen zur Nagelproduktion, Drahtzieherei, Schlosserei und Transmission

– das „Kesselhaus" – Ausstellungsort, Veranstaltungsraum und Galerie

– die Außenstelle „Menckmal": ein historischer Hochlöffelbagger am ehemaligen Standort der Maschinenfabrik Menck und Hambrock

– die Bibliothek und das umfangreiche Archiv zur Industrie und Alltagsgeschichte (u. a. mit der Sammlung zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Altonas und dem Bilderspeicher Altona/Ottensen) - bis auf Freitag tägl. geöffnet, Donnerstags sogar bis 19 Uhr

– ein außerschulischer Lernort für Schulklassen aus dem ganzen Hamburger Stadtgebiet

– ein Forschungsort für StudentInnen und Wissenschaftlich Arbeitende

– eine Fundgrube für StadtteilbewohnerInnen und eine stete Sammelstelle ihrer Geschichte(n) sowie Dokumente und Objekte aller Art

– in Ort professioneller Dienstleistung für Bezirksverwaltung und Behörden

– eine „Geschichtswerkstatt" mit laufender Produktion von Büchern, Broschüren, Faltblättern, Postkarten, Unterrichtsmaterialien sowie Ausstellungen und Rundgängen

– ein Ort der Dokumentation und Analyse des aktuellen Stadtteilstrukturwandels

– zwei lauschige Fabrikhinterhöfe für Veranstaltungen und Feste

Darum wollen wir kämpfen. Und wir gehen davon aus, dass die Kultursenatorin weitere Schritte unternimmt, wenn ihr die Bedeutung der Geschichtswerkstätten eindringlich präsentiert wird.

Dazu sammeln wir Stimmen von Menschen aus Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, Denkmalschutz und Stadtplanung, Schulen und Hochschulen, aus dem Stadtteil und über die Stadtgrenzen hinaus, die das Stadtteilarchiv Ottensen genutzt haben. Wir rufen alle Menschen, die uns schätzen und nicht auf uns verzichten wollen, auf: Sagen Sie der Kultursenatorin und dem Bürgermeister Ihre Meinung (und schicken Sie eine Kopie an uns) – ihre Stimme zählt!

Stadtteilarchiv Ottensen e.V. , Zeißstraße 28, 22765 Hamburg, Mo. - Do. 9.30 - 13 Uhr , Mo. - Mi. 14 - 16.30 Uhr , Do. 14 - 19 Uhr , Tel. 040/ 390 36 66 Fax. 040/ 39 61 74, e-mail: Stadtteilarchiv.Ottensen@t-online.de
Weitere Adressen unter www.hamburger-geschichtswerkstaetten.de/

Krieg für den „Großraum“ Europa

SCHNELLRODA. (Eigener Bericht) – Politisch zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus angesiedelte Kreise, die mit der grundsätzlichen Ausrichtung der Berliner Außenpolitik übereinstimmen, sehen diese von zu vielen innenpolitischen und diplomatischen Rücksichten bestimmt. Dagegen gelte es, unter Rückgriff auf berüchtigte Konzepte wie „Geopolitik“ und den „Großraum“ nach dem „Gesetz der Stärke“ zu handeln, das über das Staatsleben herrsche, heißt es. Eine neue Zeitschrift – „Sezession“ – soll diese Strategie befördern, sie findet Unterstützung von deutschen Militärs und außenpolitischen Beratern.

Der Herausgeber der Zeitschrift „Sezession“, das im Jahr 2000 gegründete „Institut für Staatspolitik“ (IfS), gilt deutschen Verfassungsschutzbehörden als Teil des Zeitungsprojekts „Junge Freiheit“ und damit als Teil der „Neuen Rechten“ in Deutschland, die nicht nur als „Ideologieschmiede des Rechtsextremismus“ fungiert, sondern auch als „Brücke zur gesellschaftlichen Mitte“. Mit der als rechtsextrem bekannten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ist das neurechte Institut eng verwoben: Zwei der drei IfS-Gründer zählen seit Jahren zu deren Stammautoren, den Auftakt einer Vortragsreihe im September 2000 veranstalteten „Junge Freiheit“ und IfS gemeinsam. Das IfS firmiert als „Kaderschmiede“ für die Bildung „geistiger Eliten“, die Deutschland zur Wiedererlangung der ihm angeblich zustehenden Position als Weltmacht verhelfen sollen.

Tradition...

Maßgeblich bestimmt wird die politische Ausrichtung dieser Kreise von Mitgliedern der „Deutschen Gildenschaft“ (DG), der sowohl der Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ wie zwei von drei Mitgliedern des IfS-“Gründerkollegiums“ angehören. Die in den 1920er Jahren gegründete DG vertrat den Anspruch, „der Volks- und Staatsgemeinschaft volkspolitisch vorgebildete, zum Einsatz in Staat, Politik, Wirtschaft und Kultur befähigte und bereite Hochschulabsolventen als künftige Führungskräfte zur Verfügung zu stellen“, aus ihr gingen eine Reihe führender „Volkstumsforscher“ und „Rasse“-Politiker der NS-Zeit hervor.

... und Kontinuitäten

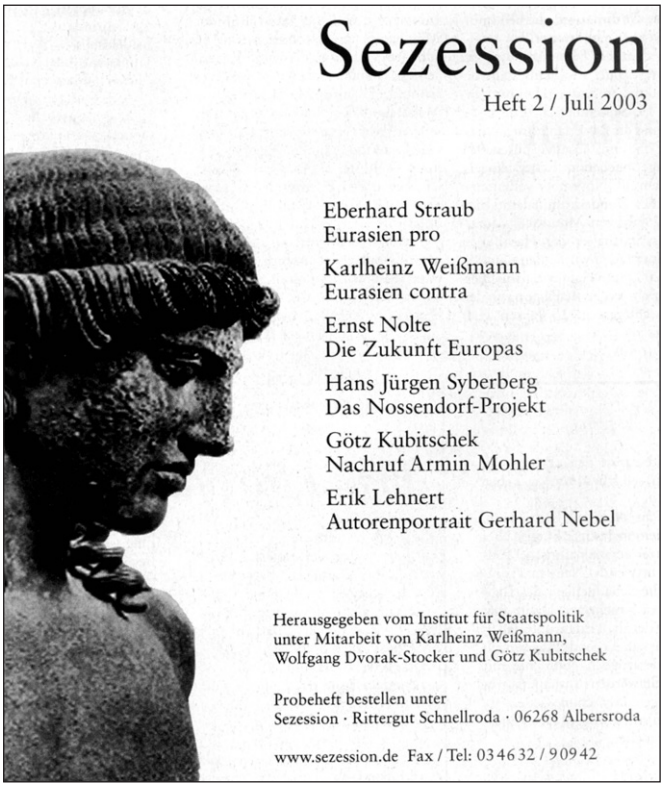
Als die DG 1958 wiedergegründet wurde, waren personelle und ideelle Kontinuitäten unverkennbar: Nach dem Krieg war es vor allem der schwerer Kriegsverbrechen beschuldigte Theodor Oberländer, der zum Bundesvertriebenenminister avancierte und mit Gildenbrüdern die Neuorganisation der berüchtigten „Ostforschung“ betrieb. Die politisch im Übergangsfeld zwischen Konservatismus und Neofaschismus angesiedelte DG besetzte Positionen sowohl innerhalb und im Umkreis der neofaschistischen NPD als auch in den Unionsparteien; in der CDU-geführten hessischen Landesregierung etwa hatten Mitglieder der DG zahlreiche einflussreiche Positionen inne. Bei den deutschen „Vertriebenen“-Verbänden ist die DG ebenfalls fest verankert: Gildenschafter nehmen Führungspositionen in der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und im rechtsextremen „Witikobund“ ein. Auch der bis ins Jahr 2000 amtierende Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung war Mitglied der DG.

Laut dem „Handbuch des deutschen Rechtsextremismus“ versucht die DG „eine geopolitisch und völkisch begründete Führungsrolle Deutschlands (...) offenzuhalten. Sie flankiert diese Thesen mit der Historisierung und Relativierung des Nationalsozialismus.“ In ihrer programmatischen Erklärung von 1992 verlangt die DG die „Wahrung nationaler Identität“, kämpft gegen einen „Mangel an nationalem Empfinden“ und fordert eine „tatkräftige Unterstützung des deutschen Volkstums“ . Anklang finden diese Positionen nicht nur am rechten Rand, sondern auch bei den deutschen Eliten. Der Historiker Arnulf Baring etwa, ein in Deutschland prominenter konservativer Publizist, verkündete im Dezember 2002 auf einer Veranstaltung des IfS, angesichts der Feigheit amtierender Politiker vor den aktuellen Herausforderungen und der Unausweichlichkeit drastischer Lösungen sei eine Revision des „negativen Nationalismus“ unabdingbar: Opfer seien nur zumutbar, das Land erst mobilisierbar, wenn man positiv ans „Gemeinschaftsgefühl appellieren“ könne, sich das kollektive „Wir“ im Zweifel auch als „Notgemeinschaft“ bewähre.

„Geopolitik“...

In ihrer außenpolitischen Ausrichtung geht die neurechte „Kaderschmiede“ IfS grundsätzlich mit der aktuellen deutschen Außenpolitik konform. In der Zeitschrift „Sezession“ wird die „militärische und außenpolitische Uneinigkeit und Konzeptionslosigkeit der Europäer“ beklagt und daraus der Schluss gezogen, es gebe „auf kurze und auch auf mittlere Sicht keine Alternative zur Anlehnung Deutschlands an die USA“.

Die deutsche „Mittellage“ (die „geopolitische Konstellation als die des Herzlandes“) mache es aber nötig, das Augenmerk nach Westen und nach Osten zu richten, daher sei die Annäherung an Russland zu suchen – zum beiderseitigen Vorteil: „Europa kann nur zusammen mit Rußland zu einem neuen Selbstbewußtsein finden, zu einer Großmacht werden, die den Mut hat, eine solche zu sein. (...) Für die Europäer (...) eröffnet Rußland wieder Räume, von denen sie zeitweise abgeschnitten waren, und die mit Europa zusammen einem Großraum bilden (...) Zusammen mit Europa kann die wichtigste Atommacht nach den USA wieder ihrer Funktion als Weltmacht gerecht werden, gerade zum Vorteil Europas bei Konflikten im eurasischen Raum“.



Anzeige für die Zeitschrift „Sezession“ in der „Jungen Freiheit“ vom 22.8.03

... und Krieg...

Das neurechte Blatt teilt daher zwar die grundlegende Ausrichtung der Berliner Außenpolitik, sieht diese aber von zu vielen innenpolitischen und diplomatischen Rücksichten bestimmt. Außenminister Fischer bekenne sich zwar zu der Einsicht, dass in den Staatenbeziehungen alles von „Interessen“ abhänge, sei aber nicht konsequent genug. Dagegen setzt das IfS eine „härtere und kältere, aber auch ehrlichere Lehre von der Politik“ (die Auffassung, das „Gesetz der Stärke“ herrsche über das Staatsleben) und orientiert auf Krieg, eine „anthropologische Konstante“. Für diese Position findet die neurechte „Kaderschmiede“ offensichtlich Anhänger unter den deutschen Militärs. In der ersten Ausgabe seiner Zeitschrift, die unter dem Motto „Krieg“ steht, veröffentlichen gleich zwei ehemals führende Offiziere der Bundeswehr.

Oberst a.D. Klaus Hammel, zuvor Chef des Stabes eines Wehrbereichskommandos, führt den israelischen Militärtheoretiker van Creveld als Kronzeugen dafür an, dass Krieg ein Kulturgut sei: „Er ist das perfekte Abenteuer, die höchste Form der Selbsterprobung und Selbstentdeckung und deshalb auch die höchste Form der Freiheit.“ Die heutige Bundeswehr jedoch (eine „bürokratische Maschine ohne Zweck und ohne Geist“) sei für dieses Abenteuer noch nicht ausreichend gerüstet. Zudem sei es ihr verboten, eine „deutsche Armee“ zu sein; sie dürfe keine Tradition haben, heißt es weiter. Daher sei sie von einem wichtigen Vorbild abgeschnitten - der deutschen Wehrmacht: „Das deutsche Heer war eine vorzügliche Kampforganisation. Im Hinblick auf Moral, Elan, Truppenzusammenhalt und Elastizität war ihr wahrscheinlich unter den Armeen des zwanzigsten Jahrhunderts keine ebenbürtig.“

... für den „europäischen Großraum“

Der zweite Autor der neurechten Zeitschrift ist der Oberstleutnant Erich Vad, ehemaliger Generalstabsoffizier im Verteidigungsministerium und nun sicherheitspolitischer Berater der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Vad beklagt die „Handlungsunfähigkeit“ der deutschen „nachbürgerlichen politischen Klasse“ und präsentiert als Gegenmittel die politische Philosophie Carl Schmitts, eines Ideologen des Nationalsozialismus, der die Begründung für den deutschen Anspruch auf ausschließliche Verfügungsgewalt über den europäischen Kontinent („Großraum“) lieferte. Schmitts Ende der 1930er Jahre entwickeltes Konzept des „Großraums“ und des Interventionsverbots für „raumfremde Mächte“ sei keineswegs überholt, erläutert Vad. Nach wie vor könnten Staaten, denen es ihr politisches, militärisches und wirtschaftliches Potential ermögliche, eigene Einflusssphären aufbauen und sie durch „angemessene geopolitische und geostrategische Maßnahmen“ schützen. Dass das deutsche Projekt eines „europäischen Großraums“ immer wieder gescheitert sei, spreche nicht gegen seine Notwendigkeit, so der militärpolitische Berater: „Europa bildet wie andere geopolitische Räume eine Einheit auf Grund von Weltbild und Lebensbedingungen, Traditionen, Überlieferungen, Gewohnheiten und Religionen (...) und es muß deshalb, um auf Dauer zu bestehen, einen adäquaten Machtanspruch erheben und weltanschaulich begründen.“

„Offensiv-Krieg“

Der Ex-Offizier verweist auf ein weiteres zentrales Konzept des NS-Ideologen Schmitt, das ebenfalls heute noch Gültigkeit beanspruchen könne: Die „Bestimmung des Politischen durch die Unterscheidung von Freund und Feind“. Zu klären sei nur noch die Frage, wer die Macht und damit das Recht habe, den „Feind“ zu bestimmen – und zu vernichten: „Wer hat jetzt das Recht, den Feind zu definieren und gegen ihn mit allen Mitteln – das heißt unter den gegebenen Umständen auch mit Massenvernichtungswaffen – vorzugehen? Wer darf Strafen gegen den definierten Feind verhängen und sie – notfalls präventiv – durchsetzen?“

Die neurechte „Kaderschmiede“ IfS findet für diese Positionen auch Unterstützung aus Kreisen der als zu weich kritisierten offiziellen Berliner Außenpolitik. In der dem Krieg gewidmeten Erstausgabe ihrer Zeitschrift schreibt auch Gebhard Geiger, ein Mitarbeiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik des bedeutendsten außenpolitischen ‚think tanks‘ Berlins, der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – über den „Offensiven Informationskrieg“. Auf einer „Winterakademie“ des IfS gewannen die Teilnehmer entlang der Analysen und Schlussfolgerungen von Geiger die Überzeugung, dass – nach dem Vorbild der USA – „die einzige Verteidigung in der Prävention liege“: „Neue Militärdoktrinen der USA sprechen die Notwendigkeit des Präventivkriegs in den Bereichen Proliferation, Terrorismus und vor allem des computergestützten Informationskriegs offen aus.“

www.german-foreign-policy.com ■

Nur wer sich aufgibt, ist verloren !

Zum Tod von Alfred Hausser,
27. August 1912 – 12. August 2003

Am Dienstag, den 12. August 2003, verstarb kurz vor seinem 91. Geburtstag der Stuttgarter Widerstandskämpfer und Ehrenpräsident der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Alfred Hausser. Alfred Hausser, seit seiner Jugend in den Organisationen der Arbeiterbewegung aktiv, stellte sich schon Ende der Weimarer Zeit dem aufkommenden Faschismus entgegen. Nach der Machtübertragung setzte er seine politische Arbeit als Kommunist in der Illegalität im Ruhrgebiet und in Sachsen fort, bevor er am 20. Dezember 1934 verhaftet wurde. Es folgten zehn Jahre Haft in verschiedenen Gefängnissen und Zuchthäusern. Dabei musste er unter anderem für die Firma Bosch Zwangsarbeit leisten. Das Kriegsende erlebte er in Wolfenbüttel ganz direkt als Befreiung.

Von da an engagierte er sich von seiner Heimatstadt Stuttgart aus für die Belange der ehemaligen Verfolgten – in der Organisation der VVN auf Landes- und Bundesebene, im Kampf um die Entschädigung für deutsche NS-Verfolgte und später in der „Interessensgemeinschaft der ehemaligen Zwangsarbeiter“. Für ihn war das Vermächtnis des 8. Mai 1945 „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ Leitmotiv für sein weiteres Leben. So fand man ihn bei Aktionen gegen alte und neue Nazis ebenso wie auf internationalen Konferenzen mit israelischen Widerstandskämpfern. Er sprach bei Gedenkkundgebungen für die Opfer des Naziregimes und bei Massenaktionen der Friedensbewegung gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss und deutsche Kriegspolitik.

Alfred Hausser erwarb sich durch seine Standfestigkeit und Überzeugungstreue hohes Ansehen auch bei politischen Gegnern. Die Stuttgarter Oberbürgermeister jeglicher politischen Orientierung ehrten ihn, Ministerpräsident Teufel (CDU) gratulierte mit anerkennenden Worten dem Jubilar zum 90. Geburtstag und vor wenigen Monaten wurde ihm das Bundesverdienstkreuz am Band verliehen. In den letzten Jahren trug Alfred Hausser mit persönlichem Engagement dazu bei, dass die VVN-BdA die Umbrüche der Jahre 1989/90 überwinden und neue Mitstreiter aus den nachgeborenen Generationen gewinnen konnte. Im Oktober 2002 erlebte er die von ihm unterstützte Verschmelzung der antifaschistischen Verbände in den alten und neuen Bundesländern, deren gemeinsamer Ehrenpräsident er wurde. Mit berechtigtem Stolz bilanzierte er, „dass wir die einzige generationsübergreifende und bundesweit wirkende Organisation von Antifaschisten sind.“ Die Bewahrung seines politischen Vermächtnisses bleibt das Anliegen der VVN-BdA.

Dr. Ulrich Schneider
(Bundessprecher der VVN-BdA)

Eine Würdigung seines Lebens findet sich in der Dokumentation „Nur wer sich selbst aufgibt, ist verloren!“, Alfred Hausser zum 90. Geburtstag, hrsg. VVN-BdA, 2002, 116 S. (Großformat), ISBN 3-00-010201-9, 12 Euro

Nazikriegsverbrecher Bikker vor Gericht!

Am 8. September soll der Prozess gegen den holländischen SS-Mann Herbertus Bikker vor dem Landgericht in Hagen eröffnet werden. Ihm wird die Ermordung des holländischen Widerstandskämpfers Jan Hotmann vorgeworfen.

Zur Anklage kam es erst durch die journalistische Arbeit der Stern-Redakteure Werner Schmitz und Albert Eikenaar. Sie stießen 1997 auf den Fall Bikker, weil deutsche und holländische AntifaschistInnen bereits 1995 vor dem Haus von Bikker in Hagen demonstrierten und von der Justiz wegen „nicht angemeldeter Demonstration" zu Geldstrafen verurteilt wurden. Sie machten sich auf die Suche nach Überlebenden der holländischen Widerstandsbewegung, sprachen mit Zeitzeugen und Angehörigen und recherchierten die Geschichte von Herbertus Bikker.

Schließlich konfrontierte Werner Schmitz den „Schlächter von Ommen" in einem Gespräch mit seiner Vergangenheit. Als es um Jan Houtmann ging, rutschte dem 87 jährigen Waffen-SSler ein Satz heraus, der die Staatsanwaltschaft Dortmund auf den Plan rief: „Und dann hab ik ihm de Gnadenschuss gegeben".

Oberstaatsanwalt Maaß nahm die Ermittlungen wieder auf, hörte Zeugen und ermittelte sechs lange Jahre, bis er endlich Anklage gegen Bikker erhob. Die Frau von Jan Houtmann, Aaltje Houtmann konnte den Prozess gegen den Mörder ihres Mannes nicht mehr erleben, sie starb vor drei Jahren. Wenn die deutsche Justiz weiter in diesem langsamen Tempo gegen noch lebende Kriegsverbrecher ermittelt, wird der Hagener Prozess der letzte NS-Kriegsverbrecher-Prozess in Deutschland sein.

Vorgeschichte:

Vor knapp 10 Jahren spürte der holländische Simon Wiesenthal, der Gerichtsreporter Jack Koistra, Herbertus Bikker in der Dickenbruchstraße in Hagen auf. Die Fernsehanstalten in den Niederlanden berichteten ausführlich, das Justizministerium in Den Haag verlangte die sofortige Auslieferung Bikkers. Ohne Erfolg.

4. November 1995. Ein klappriger Reisebus mit holländischen Kennzeichen stoppt an einer Bundesstraße in der westfälischen Stadt Hagen. Ihm entsteigen junge AntifaschistInnen aus Nijmwegen, Rotterdam und Amsterdam. Um die Ecke wartet bereits eine andere Gruppe. Vor allem jüngere AntifaschistInnen, aber auch einige wenige ehemalige Widerstandskämpfer, schließen sich dem schweigenden Zug an, der sie in die Hagener Dickenbruchstraße führt. Vor dem Haus mit der Nummer 77 wird es plötzlich laut: „Herbertus Bikker ist ein Mörder" hallt es dort durch die Nacht. Scheinwerfer gehen an, ein holländischen Fernsehteam taucht die Demonstranten in grelles Licht. Farbbeutel fliegen in Richtung Bikker´s Haus. Nach mehr als fünfzig Jahren kehrt die Geschichte zurück vor die Haustür des „Henkers von Ommen."

Herbertus Bikker musste aus keinem Versteck gezerrt werden. Sein Name stand in jedem Telefonbuch, seine Verbrechen sind in den Niederlanden einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Bikker musste sich 1949 vor einem holländischen Gericht wegen zweifachen Mordes und unzähligen Misshandlungen verantworten. Er wurde damals zum Tode, nach Begnadigung zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Bikker war Mitglied der Waffen-SS und Wächter des Lagers Erika in Ommen in den Niederlanden. Das Lager war von September 1944 bis April 1945 unter der Ordnungspolizei, zu deren Mitgliedern auch Bikker zählte, ein Straflager. Hier wurden laut Augenzeugenberichten ungefähr 450 Menschen eingesperrt. Z.T. hatten die Menschen sich dem Arbeitseinsatz in Deutschland wiedersetzt, z.T. waren es Menschen, die im Verdacht standen illegal zu arbeiten, jüdische Menschen zu verstecken u.a.m. Im Lager gab es eine sogenannte Schlägertruppe, die aus ca. 15, besonders ausgesuchten Wächtern des Lagers bestand. Hierzu gehörte Bikker. Tag und Nacht war die Truppe in der Umgebung von Ommen unterwegs, machte Razzien in den Wohnhäusern, nahm die Verdächtigen mit, bedrohte deren Verwandte mit dem Tod, plünderte die Wohnhäuser und misshandelte und tötete die Gefangenen.

Der „Henker von Ommen", so nannten ihn die Häftlinge des Lagers, tat sich bei der Jagd nach „Onderduikers", in den Untergrund abgetauchten Menschen mit besonderer Brutalität hervor. Zwei Morde konnten ihm direkt angelastet werden: „Auf der Flucht" erschoss er den Widerstandskämpfer Houtmann und tötete den untergetauchten Meijer.

Was den verurteilten Mörder bis heute vor der Strafe bewahrt hat, ist seine deutsche Staatsangehörigkeit, die er automatisch aufgrund des Führer-Erlasses vom Mai 1943 als Mitglied der Waffen-SS bekam und dass er gute und einflussreiche Freunde besaß. Die Geschichte des Henkers von Ommen findet ihre Fortsetzung am zweiten Weihnachtstag 1952. Zusammen mit sechs anderen verurteilten Kriegsverbrechern, die alle zur holländischen Waffen-SS oder zur Sicherheitspolizei gehörten, gelang Bikker die Flucht aus dem Gefängnis in Breda. Am gleichen Tag meldeten sich die Verbrecher bei einem Polizeirevier in einer kleinen deutsch-holländischen Grenzstadt. Dort wurden sie von einem Polizisten, selbst ehemaliges Mitglied der Waffen-SS freundlich aufgenommen und durften sogar in der Polizeiwache übernachten. Unter Zahlung von 10 DM Bußgeld wegen illegalem Grenzübertritts konnten sie ungehindert ihre Flucht fortsetzen. Hilfe fanden die Flüchtigen bei ehemaligen SS-Angehörigen, die damals schon wieder in einflussreichen Positionen saßen und durch die Organisation „die schwarze Tulpe", dem Interessenverband der vertriebenen Holland-Deutschen.

Herbertus Bikker betrat am letzten Tag des Jahres 1952 das Sozialamt in Hagen. Er wollte dreisterweise Sozialfürsorge beantragen, was ihm eine kurzzeitige Verhaftung einbrachte. Aber er war bald wieder frei. Auf höchster Ebene wurde verfügt, dass die Gruppe von holländischen Angehörigen der Waffen-SS nicht an Holland ausgeliefert werden dürfe. In den Aachener Nachrichten hieß es damals: „Die sieben Niederländer fühlen sich nicht schuldig. (..) Sie sind allein aus politischen Gründen verurteilt. Sie haben während des Krieges ihre niederländische Nationalität verloren und die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, da sie Mitglied der Waffen-SS waren". Deutsche Bürger dürfen nicht ausgeliefert werden, hieß es ein Jahr später in einem höchstrichterlichen Urteil. Um zumindest einen Schein von Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten, „strengte" die zuständige Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des „Verdachts von Kriegsverbrechen" an, dass jedoch nur wenige Monate später wegen „Mangels an Beweisen" eingestellt wurde.

Das könnte sich im Jahre 2003 ändern. Es gibt Tatzeugen, die den Mord an Jan Houtmann gesehen haben, es existiert das Geständnis von Bikker, jetzt kann den agilen Kleingärtner von Hagen-Haspe nur noch die Haftunfähigkeit vor dem Prozess retten.

Ulrich Sander ■

Veranstaltung mit Werner Schmitz, „Stern", Journalist Jack Koistra, Friesische Dagblat, Leuwarden (angefragt) am Anti-Kriegstag 1. September, 19.00 Uhr in Hagen Lutherkirche (nähe Hbf)

VeranstalterInnen: Aktion Friedenszeichen, VVN-BDA, Verdi, DGB Kreis Südmark, Antifaschismus-Referat Bergische Universität Wuppertal, Antifa Hagen, DJU u.a.

Ausländerförderprogramm der IG Metall

Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen in der IG Metall mehr Gewicht bekommen. Das ist Ziel des Ausländerförderprogramms, das der IG Metall-Vorstand am 9. April 2003 verabschiedet hat und das im Juli als Broschüre erschienen ist. Ausländische Mitglieder sollen bei Wahlen – etwa zur Ortsverwaltung, zur Delegierten-Versammlung, zum Ortsvorstand oder in Kommissionen – entsprechend ihrem Mitgliederanteil vertreten sein. Auch bei den Betriebs-und Aufsichtsratswahlen sollen Ausländer/innen auf den Kandidatenlisten besonders berücksichtigt werden. Ausländer sollen häufiger als bisher zur Kandidatur ermuntert – und wo es nötig ist – qualifiziert werden. Die Broschüre „Ausländerförderprogramm“ vom Juli 2003 kann als pdf-Datei bei der IG Metall unter der Webadresse: www.igmetall.de/auslaendischearbeitnehmer/foerderprogramm.pdf heruntergeladen werden.

Rolf Düber, Sekretär für Wirtschafts- und Strukturpolitik,rolf.dueber@dgb.de, DGB Thüringen www.dgb-thueringen.de ■

Niederländische Gemeinden machen Front gegen Den Haags Asylpolitik

NIEDERLANDE. Unter der Regierung Jan Peter Balkenende sind die Niederlande von einem der liberalsten zu einem der restriktivsten Länder in Sachen Asylpolitik geworden, berichtet die FR vom 3. August 2003. Allein zwischen Mai und August fiel die Zahl der Asylanfragen um 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, die Zahl der Ablehnungen nahm um 50 Prozent zu. Immer mehr Flüchtlinge werden abgeschoben. Als Grundregel gilt: Asylanträge werden innerhalb von 48 Stunden in den Aufnahmezentren beschieden – 40 bis 60 Prozent negativ.

Neu ist auch die Kriminalisierung illegaler Einwanderer. Wer bislang ohne Aufenthaltsgenehmigung in den Niederlanden war, konnte bestimmte staatliche Leistungen in Anspruch nehmen. Doch inzwischen ist Aufenthalt ohne Papiere ein Straftatbestand und selbst Sozialarbeiter dürfen sich nicht mehr um Illegale kümmern.

Diese harte Gangart hat Protest bei Menschenrechtsorganisationen und Bürgerrechtlern ausgelöst und dazu geführt, dass still und leise die offizielle Asylpolitik unterlaufen wird. Die Gemeinde Den Bosch z.B. hat ihren abgelehnten Asylbewerbern einen eigenen Pass ausgestellt, mit dem sie sich der Polizei gegenüber ausweisen können und so nicht Gefahr laufen, gleich abgeschoben zu werden. In Friesland wird geplant, ein eigenes Aufnahmezentrum für abgewiesene Asylbewerber einzurichten, unter Aufsicht der Region und damit unabhängig von der Asylbürokratie in Den Haag. Zwar hat die Regierung verfügt, dass die kommunale Unterbringung abgelehnter Asylbewerber beendet werden muss. Aber der Termin ist längst abgelaufen und viele Gemeinden sperren sich weiter.

Quelle: FR 3.8.2003 - u.b. ■

Internationales Festival am 13. September 2003

GELSENKIRCHEN. Auch in diesem Jahr feiern die Kurdischen Vereine aus ganz Europa ihr Friedensfestival, zu dem wohl wieder weit über 100000 Menschen kommen werden. Auch der Kulturverein Solidarität wird eine Busfahrt dorthin organisieren. Wir dokumentieren den Aufruf.

Für einen Demokratische Mittleren Osten, Freies Kurdistan 11. Internationales Festival in Gelsenkirchen

Als Kurden in Europa wollen wir mit unserem internationalen Festival ein Zeichen für den Frieden setzen zwischen den Völkern der Welt mit ihren verschiedenen Kulturen, Sprachen und Traditionen und ein Zeichen für gegenseitigen Respekt und Toleranz. Nach so vielen Jahren des Krieges und den jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten brauchen wir Kurden Demokratie und Freiheit, um unsere Dörfer wieder aufbauen zu können, unser Land wieder produktiv zu machen und unsere Wälder wieder aufzuforsten. Noch schwieriger wird es aber sein, die Wunden zu heilen, die in den Herzen der Kurden der Türken zurückgeblieben sind. Versöhnung zwischen kurdischem und türkischem Volk kann es nur geben, wenn es Demokratie gibt und einen Frieden, der zu vorbehaltsloser gegenseitiger Anerkennung führt.

Demokratie können wir nur gemeinsam erreichen.

Wir möchten eine Brücke bauen aus kurdischer Kunst und Kultur, Sprache, Literatur und Geschichte um uns der kulturellen Reichtum der anderen Völker der Welt anzuschließen. Wie würden gerne unsere Sehnsucht nach Frieden und Freiheit stillen können, während gleichzeitig unsere Geschichte beispielhaft dasteht für den Schmerz und die Verleugnung, die Erniedrigung und die Verachtung der Identität, die kein anderes Volk jemals erleiden sollte. Voraussetzung für einen stabilen und gerechten Frieden ist das Entstehen und die Bewahrung von Respekt zwischen beiden Seiten. Die Anerkennung der kurdischen Identität ist der Grundstein für Demokratie und Frieden

Wir fordern ein Ende der Ungerechtigkeit: Wir sehnen uns nach Frieden, Gleichberechtigung und der Anerkennung unserer Identität.

Wir fordern Demokratie und Freiheit für den Mittleren Osten, damit die Menschen der Region in Frieden leben können.

Wir hoffen, dass unser Kulturfestival auch in Europa etwas verändert. Da die Türkei ein Beitrittskandidat für die EU ist, sollte Europa auch, glauben wir, die Demokratisierung in der Türkei gewährleisten. Im Rahmen der Demokratie sollten wir Kurden auch die selben Rechte in Europa haben können. Wir wollen helfen, zur Anerkennung unserer Rechte als Nation in Europa beizutragen, da die Türkei der Europäischen Union beitreten soll. Für einen dauerhaften Frieden und Demokratie müssen die Identität und die politischen Rechte der Kurden anerkannt werden.

Wir fordern deshalb von Europa, die Kurden als Volk anzuerkennen und die Türkei aufzufordern volle Demokratie umzusetzen. Europa muss einen politischen und demokratischen Beitrag zu Lösung der kurdischen Frage leisten, und wir müssen unsere Standpunkte auf dem Wege des Dialogs vermitteln.

Dies ist unser Ziel und daher laden wir Sie herzlich ein, an unserem Kulturfestival teilzunehmen und sich unserer Arbeit anzuschließen.

Veranstalter: YEK-KOM, Föderation kurdischer Vereine in Deutschland ■

Und wieder ein Residenzpflicht-Prozess!

Straftaten, die Deutsche nie begehen können...

Kundgebung und Demonstration zum nunmehr 3. Prozesstermin gegen Cornelius Yufanyi, Donnerstag, 4. September 03, 10.00 Uhr, Amtsgericht Worbis.

Vor drei Jahren fand in Jena der Flüchtlingskongress „Gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung“ statt, organisiert von The Voice Refugee Forum, einer Selbstorganisation von Flüchtlingen in Deutschland (21.4-1.5. 2000). Vor fast drei Jahren stand Cornelius Yufanyi zum ersten Mal vor dem Amtgericht in Worbis (12.10.2000): angeklagt wegen des Verlassens seines Landkreises, um an jenem Kongress in Jena teilzunehmen, dessen Mitorganisator er war. Vor nun drei Jahren riefen die Mitglieder von The Voice und andere engagierte Flüchtlinge öffentlich ihren zivilen Ungehorsam gegenüber der Residenzpflicht aus (1.5.2000). Seitdem hat Cornelius Yufanyi geschworen, niemals eine auch noch so geringe Strafe für die Verletzung dieses Gesetzes zu bezahlen, schließlich betrachtet er die Bewegungsfreiheit als ein grundlegendes Recht.

Ihm wurde eine Strafe von 600 DM (300 €) auferlegt, die er verweigerte. Zwei Mal gab es schon gerichtliche Anhörungen zu Cornelius Fall und zwei Mal gab es Angebote von Seiten des Richters, das Verfahren aufgrund geringfügiger Schuld einzustellen. Der Flüchtling, der jetzt an der Göttinger Universität studiert, hat diese Angebote aber ausgeschlagen. Er will für seinen Fall einen Freispruch erreichen und generell kämpft er, wie auch andere Flüchtlinge, für die Abschaffung dieses deutschen Gesetzes, dass allzu sehr einem Apartheidgesetz gleicht.

Drei Mal wurde die Verhandlung seines Falles nun verschoben, mangels Beweisen durch Zeugenaussagen.

Am 4. September dieses Jahres nun wird der Prozess gegen Cornelius erneut in Worbis aufgerollt. Der Aktivist und seine Anwälte verfolgen immer noch die selbe Strategie: Sie wollen den Richter dazu bringen, den Fall dem Deutschen Verfassungsgericht zu übertragen um mit einem Grundsatzurteil zu beweisen, dass das Residenzpflichtgesetz sowohl der deutschen Verfassung entgegensteht sowie die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechts-Charta verletzt.

Wir hoffen, dass dies die letzte Anhörung vor dem Amtsgericht in Worbis sein wird. Wir beabsichtigen, in Massen vor dem Gericht zu erscheinen, um das Gericht unter Druck zu setzen, Cornelius endlich freizusprechen und damit eine Entscheidung gegen die Residenzpflicht zu treffen. Bei dem anstehenden Prozess läuft Cornelius Gefahr, zu Gefängnis oder „Zwangsarbeit“ verurteilt zu werden, wogegen er aber schon Einspruch angekündigt hat. Für andere Flüchtlinge kann eine Verurteilung wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht zur Abschiebung führen. Cornelius: „Ich werde niemals Rassismus und Apartheid akzeptieren, nirgendwo in der Welt und auch nicht in Deutschland. Bewegungsfreiheit ist mein grundlegendstes Recht und ich werde gegen alle Widerstände ankämpfen, um dieses Recht voll wahrnehmen zu können.“

Für mehr Infos zu Cornelius Fall und das Residenzpflichtgesetz:
http://www.umbruch-bildarchiv.de/video/portrait/corneliusyufanyi.html
http://www.humanrights.de/doc_de/archiv/caravan/residenzpflicht/worbis.html oder suche auf www.google.de nach Cornelius Yufanyi.
Wir sind auch erreichbar unter:

The VOICE Göttingen, Lange Geismar Straße 73, 37073 Göttingen, Tel. 0551- 58892, Fax: 0551-58898, the_voice_goettingen@gmx.de

Bitte senden Sie Faxe, rufen Sie an oder schreiben Sie einen Brief an das Amtsgericht Worbis, in dem Sie Ihre Unterstützung für Herrn Cornelius Yufanyi in seiner Entscheidung, keine Geldstrafe in Verbindung mit der Residenzpflicht zu bezahlen, bekunden. Bitte machen Sie auch Ihre Unterstützung für die Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen dieses Flüchtlings-Sondergesetz deutlich. Fordern Sie bitte auch die Abschaffung dieses Apartheidgesetzes, das die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen auf bestimmte Areale beschränkt. Eine Kopie Ihres Protestfaxes/-briefes senden Sie bitte an The VOICE Africa Forum, Göttingen
Gerichtsadresse: Amtsgericht Worbis, Ohmbergstraße 48, 37339 Worbis .
Tel: 036074-76 20 oder 762 64,
Telefax: 036074-762 10
Aktenzeichen : 403 Js 51861/00 (1 Cs)

Desweiteren wird noch ein Mitglied der Flüchtlingsorganisation The Voice am 24.8.2003 vor Gericht stehen. Auch Sunny Omwenyeke ist angeklagt, seinen Landkreis ohne Erlaubnis verlassen zu haben. Er hat angekündigt, das Residenzpflichtgesetz herauszufordern, bis es abgeschafft ist. Seine Verhandlung beginnt um 14 Uhr im Amtsgericht Bremen, Ostertor Str. 25-31, Raum 551. ■

Anzeige

Neue CD erschienen:

Rotes Haus „73,29 minutes to save the world“

Verlag „pläne“ GmbH
PF 104151, 44041 Dortmund,
www.plaene-records.de,
email: info@plaene-records.de
Tel. 0231-913 02 50

Rotes Haus wurde Ende 2000 in Hamburg gegründet, Anfang 2001 erschien die erste CD „Allemal“ (inzwischen vergriffen, wird bei „pläne“ wieder aufgelegt). Es folgten diverse Auftritte und Tourneen und Beiträge auf diversen Samplern (z.B. Mumia Abu-Jamal Sampler).
Die diesjährige Tour zur neuen CD „73,29 minutes to save the world“ beginnt im Oktober. Tour-Daten unter www.roteshaus-musik.de.

Rotes Haus ist eine Band, die in keine Schubladen wie Folk, Rap, Punk oder Weltmusik passt, eine Band, bei der man zuhören muss. Oder wie Knarf Rellöm es beschreibt: „Musik abseits von Kategorien. Ein junge Band aus Hamburg, die die Trennung von Musik und Politik nicht akzeptiert.“

Dokumentiert: Auszüge aus der Kurzexpertise:

Der mögliche Einfluss der Agenda 2010 auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland

Sabine Kriechhammer-Yaómur/Dr. Rudolf Martens
Der Paritätische Wohlfahrtsverband - Gesamtverband
Frankfurt am Main, 23. Juli 2003

1. Einführung

Im Rahmen der Agenda 2010 sind zahlreiche Reformvorhaben in den Sozialleistungssystem geplant, die vielfältige Konsequenzen für Empfänger und Sozialversicherungen sowie für die staatliche Seite haben. Im folgenden geht es um Menschen mit Migrationshintergrund. Insbesondere wird beleuchtet, welche besonderen Befürchtungen sie angesichts der Agenda 2010 haben. In der bisherigen politischen Diskussion hat dies bislang noch keine Rolle gespielt. Die vorliegende Kurzexpertise möchte dazu einen ersten Beitrag leisten.

2. Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe bei Ausländern

a) Sozialhilfe

Am Jahresende 2002 erhielten 2.805 Millionen Personen in 1.472 Millionen Haushalten Sozialhilfe im engeren Sinne (= laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, HLU). Unter den 2.805 Millionen waren 625 Tausend Ausländer, die damit 22,3 % der Sozialhilfebezieher stellten. Ausländer haben mit 8,6 % eine deutlich höhere Sozialhilfequote (Anteil von Sozialhilfebeziehern am jeweiligen Bevölkerungsteil) gegenüber 2,9 % bei der deutschen Bevölkerung (Deutschland insgesamt 3,4 %). Zum Teil resultiert diese vergleichsweise hohe Zahl von Sozialhilfebeziehenden unter den Migranten aus Arbeitsverboten bzw. Wartefristen, die das Ausländer- und Asylrecht vorsehen.

b) Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote von Ausländern liegt deutlich über der der Bevölkerung insgesamt. Für den Jahresdurchschnitt 2002 gelten folgende Zahlen: 4,060 Millionen Personen waren arbeitslos gemeldet, entsprechend einer Arbeitslosenquote von 10,8 %, unter den Arbeitslosen befanden sich 505 Tausend Ausländer mit einer Arbeitslosenquote von 19,1 %, d. h. die Arbeitslosenquote war fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt. ...

3. Arbeitsmarktreformen

3.1 Arbeitslosengeld

Migrantinnen und Migranten werden auch von der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitlosengeld für ältere Arbeitlose betroffen sein. ... Geändert werden soll die Dauer des Anspruchs auf Arbeitlosengeld, das grundsätzlich auf 12 Monate begrenzt ist. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das 57. Lebensjahr vollendet haben, können Arbeitlosengeld bis zu einer Dauer von höchstens 18 Monaten beanspruchen. Da ausländische Arbeitnehmer über 50 überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind, werden Migranten von der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitlosengeld für ältere Arbeitlose ebenfalls überproportional betroffen sein.

3.2 Künftiges Arbeitslosengeld II und Aufenthaltserlaubnis

Bei der geplanten Zusammenführung von Arbeitlosenhilfe und Sozialhilfe ist zu klären, ob die neue Sozialleistung Arbeitslosengeld II von der Bundesanstalt für Arbeit ausgezahlt werden soll. Ist dies der Fall und beruht dieses Arbeitslosengeld II auf einer Beitragsleistung, wäre nach § 7 AuslG der Bezug unschädlich für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bzw. unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung.

Handelt es sich beim Arbeitslosengeld II aber um eine Leistung, die nicht auf einer Beitragsleistung beruht, hat dies gemäß § 24 Ausländergesetz möglicherweise Aufenthaltsrechtliche Konsequenzen. Denn die unbefristete Aufenthaltserlaubnis wird nur dann erteilt, wenn der Lebensunterhalt des Ausländers aus eigenem Vermögen oder sonstigen eigenen Mitteln oder durch einen Anspruch auf Arbeitlosengeld oder noch für 6 Monate durch einen Anspruch auf Arbeitlosenhilfe gesichert ist. Für die Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung nach § 27 Ausländergesetz ist es erforderlich, dass der Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, eigenem Vermögen oder sonstigen eigenen Mittel gesichert ist. Für Ausländerinnen und Ausländer, die sich in einer Ausbildung befinden, die zu einem anerkannten schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss führt, steht der Erteilung der Aufenthaltsberechtigung nicht die Inanspruchnahme von Stipendien und Ausbildungsbeihilfen sowie von solchen öffentlichen Mitteln entgegen, die auf einer Beitragsleistung beruhen.

3.3 Arbeitsgenehmigung für Migranten aus Drittstaaten

Migranten aus Drittstaaten benötigen in der Regel eine Arbeitsgenehmigung. Diese wird in Form der Arbeitserlaubnis oder der Arbeitsberechtigung erteilt. Die Arbeitserlaubnis kann erteilt werden, wenn

- sich durch die Beschäftigung von Ausländern negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht ergeben, insbesondere in Bezug auf die Beschäftigungsstruktur, der Regionen und der Wirtschaftszweige;
- für die Beschäftigung deutsche Arbeitnehmer sowie Ausländer, die diesen bezüglich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind (Asylberechtigte, EU-Bürger, Ehegatten von EU-Bürgern) nicht zur Verfügung stehen und
- der Ausländer nicht zu ungünstigeren Bedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird. Für die erstmalige Beschäftigung kann die Erteilung der Arbeitserlaubnis für einzelne Personengruppe von einer Wartefrist abhängig gemacht werden. Die Arbeitserlaubnis kann befristet auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen, Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt werden. Eine Arbeitsberechtigung wird erteilt, wenn der Ausländer
- eine Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbefugnis besitzt und a) fünf Jahre rechtmäßig eine versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt hat oder b) sich seit sechs Jahren im Bundesgebiet ununterbrochen aufhält und nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird. Die Arbeitsberechtigung wird unbefristet und ohne betriebliche, berufliche oder regionale Beschränkung erteilt, soweit durch Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist. Damit sind zumindestens diejenigen Menschen mit Migrationshintergrund benachteiligt, die nicht über eine Arbeitsberechtigung verfügen (d. h. seit 5 Jahren rechtmäßig eine versicherungspflichtige Beschäftigung im Bundesgebiet ausgeübt haben oder sich seit 6 Jahren im Bundesgebiet ununterbrochen aufgehalten haben) oder generell arbeitserlaubnisfrei sind.

6. Einbürgerung

Für die Einbürgerung ist unabdingbare Voraussetzung, dass der Lebensunterhalt für den Antragstellenden und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe oder Arbeitlosenhilfe bestritten werden kann.

7. Anmerkungen

Die oben geschilderten Tendenzen treffen in gleicher Weise auch auf die Gruppe der Spätaussiedler zu. Zwar besitzt diese Gruppe einen deutschen Pass, viele Familienangehörige sind jedoch ausländische StaatsbürgerInnen. Die Struktur der Probleme ähnelt damit denen der ausländischen Bevölkerung. Im Falle der Arbeitsmarktpolitik können die projektierten Reformen allerdings nur greifen, wenn die Chance auf einem Arbeitsplatz noch besteht. In Regionen, in denen die Arbeitslosenquote deutlich über 10 % steigt, sind wohl kaum größere Erfolge zu erwarten. Dies gilt insbesondere für Personenkreise mit Vermittlungshemmnissen, zu denen viele MigrantInnen zu rechnen sind. ■

Zweiter friedenspolitischer Kongress in Hannover: 29. bis 30. August 2003

Krieg oder Frieden? Auf- oder Abrüstung?

Als die US-Regierung Anfang dieses Jahres zum Feldzug gegen den Irak rief, protestierten Millionen von europäischen Bürgerinnen und Bürgern auf den Straßen. Auf der Ebene der Regierungen aber zeigte sich Europa gespalten: Großbritannien, Spanien, Italien, Dänemark, die Niederlande und Polen reihten sich in die „Koalition der Willigen“ ein, insbesondere Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Österreich und Griechenland machten frühzeitig deutlich, dass sie sich nicht an diesem Krieg beteiligen wollten.

Was sind die Hintergründe dieser politischen Spaltung? Welche unterschiedlichen Interessen werden hier wirksam? Wie weit bestimmt die Kriegslogik auch die europäische Politik? Und wie sehen friedenspolitische Alternativen aus? Kann ein gerechteres Nord-Süd-Verhältnis zu dauerhaftem Frieden führen?

Diese Fragen wollen wir auf dem II. Friedenspolitischen Kongress in Hannover beraten. Dabei wollen wir auch die beunruhigende Aufrüstung der EU zur (atomaren) Militärmacht analysieren: Mit sehr starker deutscher Beteiligung werden mobile Einsatztruppen für globale Interventionen aufgestellt. Auch die EU strebt danach, sich militärische Optionen zu eröffnen, um ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen im Zweifel mit Gewalt durchzusetzen. Nicht die Freiheit wird verteidigt, sondern ein Krieg gegen den Süden um Ressourcen und Märkte geführt. Verteidigung, behauptet der deutsche Militärminister Peter Struck, finde heute „am Hindukusch“ statt. Das Völkerrecht wird dabei nur von Fall zu Fall respektiert, wie der ohne UN-Mandat geführte „Kosovo-Krieg“ gegen Serbien 1999 gelehrt hat. Bundeskanzler Gerhard Schröder, der den Krieg als angeblichen Friedensdienst mit deutschen Kriegseinsätzen auf dem Balkan wie in Afghanistan rehabilitiert hat, betreibt trotz seiner Absage an den Irak-Krieg weiter die „Enttabuisierung“ militärischer Gewalt.

Müssen wir hinnehmen, dass sich mit einem deutsch-französischen „Kerneuropa“ womöglich eine neue Militärmacht formiert? Und was bedeutet das für das künftige Verhältnis der EU zur Weltsupermacht USA, das bereits heute immer stärker von Konkurrenz geprägt wird?

Beim II. Friedenspolitischen Kongress in Hannover wollen wir auch beraten, wie und wo die Friedensbewegung eingreifen kann. Schließlich hat sie in den vergangenen Jahrzehnten alternative Konzepte und zahlreiche gewaltfreie Aktionsformen erarbeitet und angewandt. Über den Protest, die Verweigerung und den Widerstand hinaus gibt es Wege der zivilen Konfliktregelung und des friedlichen Interessenausgleichs, die wir darstellen und kritisch diskutieren wollen. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich auch auf die ökonomischen und politischen Ursachen von Kriegen und den Ausweg aus Militarisierung und Krieg. Wir wissen: Eine andere Welt ist möglich - eine Welt ohne Hunger, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Machen Sie mit! Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Programm

Freitag, 29. August 2003
Eröffnung durch den DGB - Fred Schulz
19.30 Uhr. Podiumsdiskussion: OLD EUROPE AGAINST NEW AMERICA?
Ellen Diederich, Dr. Detlef Hensche, John LaForge und Prof. Dr. Mohssen Massarrat

Samstag, 30. August 2003
EUROPA MACHT ERNST
9.00 Uhr. Begrüßung
9.15 bis 9.30 Uhr. Literarischer Auftakt mit Rolf Becker
9.30 bis 10.00 Uhr. Impulsreferat: Atommacht Europa - Regina Hagen
10.00 bis 12.00 Uhr. Arbeitsgruppen:
AG 1: Deutschland, Führungsmacht in Europa? - Prof. Dr. Arno Klönne
AG 2: Umrüstung der Bundeswehr und die europäische Einsatztruppen - Lühr Henken
AG 3: Machtpolitische Konkurrenz zwischen Europa und den USA - Heiner Möller (angefragt)
AG 4: Festung Europa - Schutz nicht einkalkuliert. - Helmut Dietrich
AG 5: Die Zeche bezahlen wir - Krieg und Sozialabbau - Prof. Dr. Heinz Bontrup
AG 6: Ist die Friedensbewegung antiamerikanisch? - Andrea Woeldike
AG 7: Europa im Krieg - Das Beispiel Jugoslawien. - Rolf Becker

12.30 bis 14.00 Uhr. Abschlussdiskussion Sozialabbau und Rüstung
Horst Schmitthenner, Prof. Dr. Heinz Bontrup u.a.

14.00 bis 15.00 Uhr. Pause

Alternativen zum Krieg – ziviler Ungehorsam
15.00 bis 15.30 Uhr. Impulsreferat: Wie pazifistisch ist die Friedensbewegung? - Prof. Dr. Andreas Buro
15.30 bis 18.00 Uhr. Arbeitsgruppen:
AG 1: Ziviler Ungehorsam und Verweigerungsmöglichkeiten - John LaForge und Jochen Stay
AG 2: Neue Wege der Konfliktlösung nach Marshel Rosenberg - Peter Spaas
AG 3: Friedensdienste im internationalen Einsatz - Kristine Schweitzer
AG 4: Wie bündnisfähig ist die Friedensbewegung? - Uwe Reinecke
AG 5: Militarisierung der Hilfe - Katja Maurer
AG 6: (Irak-)Krieg als Medienereignis - Hintergründe und Strukturen - Prof. Dr. Martin Löffelholz
AG 7: Ausgleich zwischen Nord und Süd als Grundlage eines dauerhaften Friedens - Sahral Sarka
AG 8: Militärs für Abrüstung und soziale Veränderung? - Helmuth Prieß
18.00 bis 19.30 Uhr.

Abschlussdiskussion Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktlösung
Kristine Schweitzer und Katja Mauerer
19.30 bis 20.00 Uhr. Pause

20.00 Uhr. Kulturveranstaltung

AUSSTELLUNGEN:
- Truck „Clandestino Illegal“
- Weltraum ohne Waffen
- Kriege im 20. Jahrhundert

Kongressbeitrag 10 Euro; ermäßigt 5 Euro

Anmeldung:
Friedenspolitischer Kongress c/o VHS Hannover
Theodor-Lessing-Platz 1
30159 Hannover
oder als FAX an 0511-168 415 27,
oder per E-Mail an gerd.kurbjuhn@hannover-stadt.de

Mehr Infos unter: www.friedenskongress-hannover.de

Wir können auch anders!

Antirassistischer / Antifaschistischer Ratschlag, 7./8. November 2003 in Meiningen

Der jährliche antirassistische / antifaschistische Ratschlag Thüringen 2003 findet diesmal in Meiningen statt: im Stadtteil Jerusalem, wo die weniger wohlhabenden Menschen, SpätaussiedlerInnen, AusländerInnen wohnen und wo das Asylheim sich in der Nähe befindet. Manche Leute gehen weg aus Jerusalem: Wir gehen hin!

Meiningen ist kein Neonazizentrum und auch keine „National befreite Zone", sondern eine gewöhnliche Kleinstadt. Gewöhnlich heißt, dass Menschen wegen ihrer sozialen Lage, ihrer Herkunft oder auch ihrer Haltung ausgegrenzt werden, dass Politiker von einer „Homogenisierung der Wohngebiete" sprechen.

Der alltägliche Rassismus gedeiht fast ungestört. Allerdings versuchen Rechtsextreme auch in Meiningen, Fuß zu fassen: Am 26. Juli 2003 fand die erste Demonstration aus dem Umfeld des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen" in Meiningen statt. Im Raum Südthüringen fanden in den letzten Monaten drei größere Saalveranstaltungen und zwei Nazikonzerte statt. Eine Funktionärin aus Meiningen tritt überregional bei rechtsextremen Kundgebungen auf.

Asylsuchende in Meiningen sollten in einem ehemaligen Schweinestall untergebracht werden. Eine Nähe zu den gewöhnlichen Wohngebieten sollte es nicht geben.

Auch im Verhältnis zu den SpätaussiedlerInnen dominieren nicht die Versuche der Integration, sondern die Ausgrenzung.

Mehr als in anderen Stadtteilen sind die Bewohnerlinnen von Jerusalem mit den Folgen des Sozialabbaus konfrontiert: Streichungen oder Reduzierungen von Arbeitslosengeld und -hilfe, neue Zumutungen bei der Vermittlung, Zwang zu Billigjobs.

Die zwei Gesichter der Geschichte

Paul Österreicher, der als Jude in der Nazi-Zeit aus Meiningen floh und später amnesty international mitbegründete, ist Ehrenbürger der Stadt. Gedenktafeln erinnern auch an das ehemalige Ghettohaus, an das Wohnhaus von Elisabeth Schumacher, Mitglied der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack, die im Dezember 1942 hingerichtet wurde und an die am 8. November 1939 niedergebrannte Synagoge. Eine Gedenktafel erinnert auch an den Wohnort der Jüdin und Kommunalpolitikerin Bella Aul, die in einem nationalsozialistischen Vernichtungslager ermordet wurde. Aber warum wurde Anfang der 1990er Jahre die Bella-Aul-Straße in Kasernenstraße umbenannt ?

Der alltägliche Rassismus und Antisemitismus „Setz dich nicht neben den Zigeuner, der hat Läuse!" „Judenschweine!" „Brikett!" „Nigger!" „Lasst uns nicht mehr Coca Cola trinken, weil Coca Cola gehört den Juden und hat so viele schädliche Sachen. Das wird von den Juden absichtlich gemacht, um die Welt zu verseuchen." „Die Flüchtlinge leben auf unsere Kosten." „Der Rassismus ist ein Meister aus Israel" Die Reihe solcher Zitate ließe sich fortsetzen. Wer könnte angesichts dieser Beleidigungen und Beschimpfungen mit Sicherheit sagen, von wem sie geäußert wurden? Von Rechtsextremen oder von ganz „normalen" Deutschen?

Die Zitate stehen beispielhaft für das Klima in Deutschland. Rassismus und Antisemitismus gehören zum Alltag.

Die verzerrte Interpretation des Nahostkonflikts in den deutschen Debatten hat Wortführer, ob Deutsche oder Islamisten, die ihren Antisemitismus hinter der vermeintlichen Kritik an Sharon, dem Zionismus oder Israel verstecken.

Ausländer raus durch Agenda 2010?

Als ob die trüben Aussichten für das Zuwanderungsgesetz nicht reichten, wird mit der Agenda 2010 nicht „nur" die Lage der Erwerbslosen und Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen verschlechtert, sondern sie bedroht auch ca. 200.000 nicht-EU-BürgerInnen in ihrem Aufenthalt. Wer zukünftig keine Arbeitslosenhilfe mehr erhält, sondern zum Sozialamt muss und nicht EU-Bürger ist, kann weder einen unbefristeten Aufenthalt bekommen noch wird er eingebürgert. Sogar zur Ausweisung kann die Sozialhilfe-Abhängigkeit führen.

Zeichen setzen!

Der 13. antirassistische /antifaschistische Ratschlag wird sich mit Rassismus, Antisemitismus und der Demontage des Sozialsystems in Deutschland auseinandersetzen und Alternativen entwickeln.

Infos unter:
LAG Antirassismus/AntiFa Thüringen
Warsbergstraße 1, 99084 Erfurt
Tel: 0361- 6599830 oder 0361-2172711, Fax: 0361 - 6599899 oder 0361-2172727
www. lag-antifa.de

Auch ein 11. September

Frankfurt/M. „Die Spur der Gewalt" ist der Titel einer Konferenz, die am 12. und 13.September in Frankfurt/Main stattfindet. Erinnern soll sie an den 30 Jahrestag des Pinochet-Putsches gegen das sozialistische Chile am 11. September 1973. Referieren werden auf der Veranstaltung, die auch vom DGB Hessen unterstützt wird, u.a. der chilenische Gewerkschafter Manuel Ahumada, die Kubanerin Maria Rojas und Horst Schmitthenner (IG Metall).

Anmeldungen zur Konferenz nimmt Horst Gobrecht c/o NGG-Landesbezirk, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 in 60320 Frankfurt (Fax.Nr.069-233387 / horst.gobrecht@ngg.net) entgegen.

Am Abend des 11. September findet um 18 Uhr auf dem Opernplatz eine **Kundgebung mit anschließender Demonstration** statt. Dort werden der ehemalige DGB-Landesvorsitzende Dieter Hooge und Bischof Helmut Frenz (Chile) sprechen.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Hoher Ministerialbeamter fordert Aufhebung von Verboten ‚gegen rechts'

Die Hochsommermonate sind für Zeitschriften eine Sauregurkenzeit. Normalerweise passiert auf der politischen Bühne wenig und die Redakteuer(innen) müssen zusehen, womit sie die Seiten füllen. Dem Juli-/Augustdoppelheft von „Nation & Europa" ist das deutlich anzumerken.

Michael Brückner hat „Zweifel an der Selbstmord-These" und fragt „Woran starb Möllemann?". Die Frage ist recht leicht zu beantworten: Nur die wenigstens Menschen würden einen ungebremsten Fall aus mehreren tausend Metern Höhe überleben. Aber darum geht es dem Autoren nicht. Er will wissen, wer Möllemann ermordet habe. Sein Ergebnis, es könne der israelische Geheimdienst Mossad oder vielleicht die CIA gewesen sein, vermag vermutlich nicht einmal überzeugte Verschwörungstheoretiker zu überzeugen.

Diese Klientel will offensichtlich auch *Karl Richter* bedienen. Er fordert „Schluß mit dem Privatisierungswahn!" und schildert realistisch die negativen Auswirkungen des Ausverkaufs staatlichen Vermögens. Verantwortlich ist für ihn aber nicht ein Wirtschaftssystem, dessen Triebfeder der Drang nach Maximalprofit ist, schuld sind dunkle Mächte: „Das kann nur wollen, wer im Nationalstaat ohnehin ein Übel sieht, das beseitigt werden muß. Solche Kräfte gibt es, und sie lassen sich ohne viel detektivisches Feingespür in internationalen Hintergrundorganisationen wie dem Council on Foreign Relations (CFR), der Trilateralen Kommission und der Bilderberger Konferenz ausmachen".

Josef Schüßlburner wird von der Redaktion als „Regierungsdirektor im Bundesverkehrsministerium" und Jurist vorgestellt. Umso interessanter sind seine Ideen zum Charakter der Bundesrepublik, die er in einem Beitrag zum Gedenken an den 17. Juni 1953 äußert. Unter der Überschrift „Ungeliebter Aufstand" stellt er fest: „BRD und DDR hatten den gemeinsamen besatzungspolitischen Ausgangspunkt des ‚Antifaschismus', der darin besteht, die deutsche politische Rechte aus dem anerkannten politischen Spektrum zu eliminieren. Das Verbot, politisch rechts zu sein, war in der DDR entsprechend der kommunistischen Salamitaktik Ausgangspunkt des Blockparteisystems einer Linksdiktatur. In der Bundesrepublik entstand daraus ein Kartellparteisystem.... Durch die offizielle Ausschaltung von Rechts wird die Bundesrepublik trotz ihrer Mitte-Verortungen amtlich zum Linksstaat, und hier verbirgt sich vielleicht das besondere Geheimnis der DDR-Existenz, nämlich ihre Einbettung in die Kontinuität linker Strömungen in Deutschland, die in ihrer mit US-Interessen kompatibel gemachten Version nunmehr zur wahrhaft herrschenden Position aufgestiegen sind.... Der Kampf um die Freiheit... wird erst dann sein Ziel erreicht haben, wenn die Verbote ‚gegen rechts' in der Bundesrepublik überwunden sind.

„Wirklicher Pluralismus in Deutschland" wäre nach Ansicht des Autoren „nur durch Aufhebung des Verbots, politisch rechts zu sein" zu verwirklichen.

Interessant ist sein Beitrag in erster Linie deshalb, weil ein hoher Ministerialbeamter, noch dazu ein Jurist, fordert, den antifaschistischen Grundkonsens des Grundgesetzes, der darin bestand, dass sich die Väter und Mütter der Verfassung darin einig waren, dass sich die Nazibarbarei niemals wiederholen dürfe, aufzugeben. Das hieße die Streichung des Artikels 139 Grundgesetz, der u.a. das Verbot der Naziorganisationen durch die Besatzungsbehörden in das deutsche Recht übernimmt. Formaljuristisch wäre dann die Wiedergründung der verbotenen NSDAP und aller anderen Naziorganisationen, wie z.B. SA und SS, möglich. Eine beängstigende Vorstellung, die breiten Protest auslösen sollte.

In welche Tradition sich Schüßlburner stellt, machen auch folgende Ausführungen deutlich: „Der Tiefpunkt des Umgangs mit dem ‚Nationalfeiertag' durch die amtliche Bundesrepublik markiert die ‚Feierstunde' von 1987, wo man einen Fritz Stern, Vertreter US-amerikanischer Wirtschaftsinteressen, als Festredner hatte einfliegen lassen...". Als Leser stutzt man: Fritz scheint ein ungewöhnlicher Vorname für einen Vertreter der US-Wirtschaft zu sein. Der Blick in ein Lexikon schafft Klarheit: „Prof. Dr. Fritz Stern, geboren 1926 in Breslau, studierte Geschichte und Sozialwissenschaft an der Columbia University in New York und lehrt dort seit 1953 Geschichte". Professor Stern musste bereits als Kind Deutschland verlassen, weil er sonst vermutlich der Vernichtung der jüdischen Menschen durch die Nazis zum Opfer gefallen wäre. Ihn als einen Interessenvertreter der US-Wirtschaft zu bezeichnen, ist nicht nur falsch, sondern bedient bewusst auf raffinierte Weise antisemitische Ressentiments. *tri* ■

„Der Bock als Gärtner"

Junge Freiheit 35/03 vom 22.8.2003

Unter diesem Titel wettert das Blatt erneut (wie bereits in Ausgabe 34-2003) gegen den Verfassungsschutz NRW, der im Herbst eine Fachtagung zur Frage „Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?" abhalten wird. Diesmal konzentriert sich das Blatt vor allem auf den Referenten Wolfgang Gessenharter (Politik-Professor an der Bundeswehrakademie in Hamburg). In seiner Kritik beruft sich Autor *Manuel Ochsenreiter* auf NRW-CDU-Kreise: „Aus Kreisen der NRW-CDU ist zu hören, es grenze an Ironie, daß ausgerechnet Gessenharter, der wie kein anderer Referent der Düsseldorfer Veranstaltung exemplarisch die Verquickung aus Verfassungsschutz und linksextremistischer Antifa-Ideologie repräsentiere, dort mit seinen ‚Scharnier- und Brückentheorien' demokratische Konservative ‚nach Herzenslust' denunzieren darf." Das Blatt meldet außerdem, Jurist Josef Schüßlburner (s.o., Autor in Nation & Europa) habe im Wege einer Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Personalabteilung des Bundesinnenministeriums den Antrag gestellt, den zwei Vertretern des Bundesamtes des Verfassungsschutzes, Matthias Weber und Armin Pfahl-Trauhgber, die ebenfalls als Referenten vorgesehen sind, die Mitwirkung zu untersagen. „Allein die Themenstellung ordne sich in den linksextremistischen ‚Kampf gegen Rechts' ein." Auch CDU-Rüttgers hat bereits einen Protestbrief ans Innenministerium NRW verfasst. Das Innenministerium scheint mit seiner geplanten Tagung „ins Schwarze getroffen" zu haben. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507